

Protokoll

16. Sitzung der Legislatur 2007/2011

Dienstag, 23. Juni 2009, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsident Bernhard Bertelmann, SP
Anwesend Stadtparlament:	27 Mitglieder
Entschuldigt:	Margrit Bollhalder Schedler, SVP Remo Bass, CVP Kaspar Hug, CVP
Anwesend Stadtrat:	Martin Klöti, FDP, Veronika Merz, SP, Patrick Hug, CVP, Reto Stäheli, CVP, Heidi Wiher-Egger, FDP
Protokoll:	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 16/ 1. Mitteilungen
- 16/ 2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2008 der Stadt Arbon
 - Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 16/ 3. Botschaft AltstadtWerkstatt Kappeli: Sanierung, Restaurierung und Umnutzung der Kapelle St. Johannes, Arbon, (Kappeli) in Höhe von 3,14 Millionen Franken
 - Bildung einer 5er Kommission
- 16/ 4. Botschaft – Königareal – Ergänzung Baureglement und Zonenplanänderung
 - Teilrevision Baureglement – Redaktionslesung, Schlussabstimmung
 - **Schlussabstimmung Botschaft**
- 16/ 5. Ergänzung des Geschäftsreglements für das Arboner Stadtparlament
 - Teilrevision – 2. Lesung
- 16/ 6. Interpellation Remo Bass, CVP betreffend „Bau einer neuen Druckleitung für gereinigtes Abwasser von St. Gallen in den Bodensee.“
- 16/ 7. Fragerunde
- 16/ 8. Verschiedenes
 - 1. Information aus dem Stadtrat
 - 2. Weitere Informationen des Stadtmanns aus seinen regionalen und kantonalen Projekten

Präsident Bernhard Bertelmann: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. Ich begrüsse sie und heisse sie zu unserer 16. Parlamentssitzung ganz herzlich willkommen. Besten Dank an Stadtmann Martin Klöti für die schönen Bilder vom Kreisel Morgental und der Aachrenaturierung zur Einstimmung an dieser Sitzung. Wir lassen die Bilder für sich sprechen oder wie sagt doch ein finnisches Sprichwort: „Dem Fröhlichen ist jedes Unkraut eine Blume, dem Betrübten jede Blume ein Unkraut.“

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 27 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 14.

Entschuldigt für die heutige Parlamentssitzung haben sich: Margrit Bollhalder Schedler, SVP, Kaspar Hug, CVP/EVP und Remo Bass, CVP/EVP. Da Remo Bass Büromitglied und Stimmzähler ist, muss er gemäss Geschäftsreglement Art. 8 Abs. 2 für die heutige Sitzung ersetzt werden. Die CVP/EVP Fraktion schlägt ihnen als Ersatz Alexandra Keel vor.

://: Alexandra Keel, CVP wird einstimmig als Stimmzählerin gewählt.

Traktandenliste

Präsident Bernhard Bertelmann: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Das Büro beantragt ihnen eine Ergänzung des Traktandums 4, Botschaft Königareal: Nach der Schlussabstimmung über die Teilrevision des Baureglements soll eingefügt werden: *Schlussabstimmung Botschaft.*

Begründung: Im Rahmen der Behandlung der Botschaft haben wir das Baureglement beraten. Wir haben jedoch noch nicht über die beiden Anträge des Stadtrates auf Seite 5 und 6 der Botschaft abgestimmt.

://: Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 02. Juni 2009

- Einladung mit Traktandenliste
- Beantwortung Einfache Anfrage von Andreas Brüscheiler, SVP betreffend „Solaranlagen vs. Ortsbildschutz.“
- Beantwortung Interpellation Remo Bass, CVP betreffend „Bau einer neuen Druckleitung für gereinigtes Abwasser von St. Gallen in den Bodensee.“
- Motion Erica Willi-Castelberg, SP: „Aufhebung und Neugestaltung Betriebskonzept Strandbad und Campingplatz Buchhorn“

Mit Versand 2 vom 09. Juni 2009

- Botschaft Altstadt/Werkstatt Kappeli: Sanierung, Restaurierung und Umnutzung der Kapelle St. Johannes
- Jahresbericht/Jahresrechnung FGK 2008
- Revidiertes Geschäftsreglement nach 1. Lesung
- Revidiertes Baureglement nach 2. Lesung
- Bericht der Redaktionskommission: Ergänzung Baureglement

Per E-Mail am 11. Juni 2009:

- Parlamentsprotokoll der 15. Sitzung vom 19. Mai 2009
- Das Protokoll wurde vom Parlamentsbüro genehmigt und ist seit dem 16. Juni 2009 im Internet abrufbar.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

Parlamentarischer Vorstoss

An der heutigen Sitzung wurde ein Vorstoss abgegeben welcher an den Stadtrat weitergeleitet wird.

Einfache Anfrage von **Erica Willi-Castelberg, SP** und **Dieter Feuerle, SP** betreffend „Kostenrechnung Hafenerweiterung“.

Präsident Einbürgerungskommission Andrea Vonlanthen: Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements informiere ich sie, namens der Einbürgerungskommission über die gefassten Beschlüsse und die zu behandelnden Gesuche:

Die Einbürgerungskommission hat seit der letzten Parlamentssitzung eine weitere schriftliche Prüfung durchgeführt und an einer Sitzung 7 Gesuchstellende mündlich befragt.

Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon wurden folgende Personen aufgenommen:

- Jeremic Danijela, 1971, mit den beiden Kindern Tamara, 1994, und Vladimir, 1997, bosnisch-herzogowinische Staatsangehörige
- Iannella Grazio, 1950, mit Ehefrau Mechelina, 1949, italienische Staatsangehörige
- Sekerci Sahin, 1981, türkischer Staatsangehöriger
- Dogan Hürsen, 1986, türkischer Staatsangehöriger

Das Gemeindebürgerrecht bildet die Voraussetzung zur Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten.

Im Namen der Einbürgerungskommission und damit auch unseres Stadtparlamentes gratuliere ich diesen Personen zur Aufnahme ins Arboner Bürgerrecht und wünsche ihnen jetzt erst recht ein unbändiges Interesse für unsere politischen und gesellschaftlichen Belange und eine grosse Motivation und Freude an der persönlichen Mitwirkung. Wer weiss, vielleicht sieht man die eine oder andere Person mit der Zeit einmal hier sitzen in einer Fraktion des Parlamentes.

Zur Behandlung stehen folgende Gesuche an:

- Rashid Amina, 1991, irakische Staatsangehörige
- Mulamba Céline, 1991, kongolesische Staatsangehörige
- Mulamba Esther, 1992, kongolesische Staatsangehörige
- Altindas Ömer, 1992, türkischer Staatsangehöriger
- Almeida Patric, 1990, portugiesischer Staatsangehöriger
- Abdulahi Ibrahim Hassan, 1957, somalischer Staatsangehöriger
- Ali Mohamed Ayan, 1964, somalische Staatsangehörige
- Abdulahi Lira, 1995, somalische Staatsangehörige
- Abdulahi Bilal, 1996, somalischer Staatsangehöriger
- Abdulahi Iman, 2001, somalischer Staatsangehörige
- Skenderi Fehim, 1973, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Skenderi Edita, 1977, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
- Skenderi Faris, 1998, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Skenderi Meris, 2000, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Skenderi Elhan, 2008, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Ibric Samara, 1990, bosnisch-herzogowinische Staatsangehörige
- Freda Luca, 1989, italienischer Staatsangehöriger
- Do Couto Fernandes Henrique, 1972, portugiesischer Staatsangehöriger
- Alves Monteiro Fernandes Florbela, 1976, portugiesische Staatsangehörige
- Monteiro Fernandes Sara, 1994, portugiesische Staatsangehörige
- Monteiro Fernandes Kevin, 2003, portugiesischer Staatsangehöriger
- Puseljic Zdenko, 1957, kroatischer Staatsangehöriger
- Puseljic Indira, 1967, kroatischer Staatsangehörige
- Puseljic Adina, 1992, kroatische Staatsangehörige
- Puseljic Lorena, 1996, kroatische Staatsangehörige
- Zumeri Zani, 1991, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Berisha Arnis, 1987, serbischer Staatsangehöriger

Im Moment liegen noch 49 pendente Gesuche von 88 Personen vor. Zur Behandlung in der EBK stehen 32 Gesuche von 60 Personen an, bei denen die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung vorliegt. Wir rechnen nach wie vor damit, dass wir den Pendenzenberg Ende Jahr weitgehend abgetragen haben werden.

2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2008 der Stadt Arbon

- Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Präsident Bernhard Bertelmann: Der Stadtrat hat am 23. März 2009 den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2008 verabschiedet. Diese liegen nun zur Genehmigung vor.

Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Der Jahresbericht 2008 sei zu genehmigen.
2. Die Jahresrechnung 2008, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) sei zu genehmigen.
3. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2008 von Fr. 2'455.798.22 sei wie folgt zu verwenden:
 - a) Zusätzliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen in der Höhe von Fr. 1'500'000.—.
 - b) Übertrag des verbleibenden Ertragsüberschusses von Fr. 955'798.22 ins Eigenkapital.

Die Finanz und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen einstimmig, den Antrag des Stadtrates zu genehmigen.

Wir kommen zum Eintreten. Ich erinnere sie daran, dass das Eintreten obligatorisch ist. Ich übergebe das Wort an Silke Sutter Heer, Präsidentin der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission.

Silke Sutter Heer, FDP: Sie haben den Bericht der FGK über die Prüfung des Jahresberichtes und der Rechnung für das Jahr 2008 erhalten. Im Gegensatz zur Rechnung 2007 fällt auf, dass im Jahr 2008 wesentlich mehr der geplanten Investitionen tatsächlich umgesetzt werden konnten. 2008 brachte Arbon, wie der gesamten öffentlichen Hand, einen Rekord an Steuereinnahmen. Es ist allen klar, dass diese fetten Jahre nun wohl vorbei sind. Die vorgeschlagene Gewinnverwendung mit zusätzlichen Abschreibungen und einem Übertrag in das Eigenkapital dienen damit auch der Vorsorge für schlechtere Zeiten und dies ist mit Sicherheit zu begrüssen.

Die Berichte der RPK zur Zwischen- und zur Jahresrevision liegen der FGK vor. Die RPK empfiehlt ihnen auf Grund ihrer Prüfungsergebnisse dem Parlament, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Die FGK blickt wiederum auf ein Prüfungsjahr ohne besondere Vorkommnisse zurück. Die FGK hat neben den ordentlichen Geschäften im Jahr 2008 die Vergabepaxis der Stadt Arbon, die Pachtverträge und die Gründung der Stiftung Kappeli geprüft. Die Prüfungsgruppen kamen dabei zum Schluss, dass die genannten Geschäfte formell und materiell, wobei sie dies teilweise anhand von Stichproben überprüft haben, korrekt abgeschlossen worden sind. Diverse weitere Prüfungsthemen werden von der FGK noch in diesem Jahr weiter verfolgt.

Betreffend Jahresbericht 2008, der wiederum detailliert und aufschlussreich war.

Auf Seite 9 stellte die FGK fest, dass der Bericht der Fachkommission Stadtentwicklung und Verkehr fehlt. Gleiches gilt für die Energiestatistik. Beides beruht auf einem Irrtum und soll im Jahr 2009 und damit in der Rechnung 2009 wieder in den Bericht aufgenommen werden. Betreffend dem nachgereichten Bericht der Fachkommission Stadtentwicklung und Verkehr verweise ich sie auf die schriftlichen Ausführungen. Es wurde zudem bewusst darauf verzichtet, die Analyse der Abteilung Bau, welche dazu diente, interne Abläufe zu durchleuchten und zu optimieren, in den Bericht aufzunehmen, gehört aber aus Sicht des Stadtrates nicht in den Jahresbericht. Dieser Argumentation kann sich die FGK mit Blick auf die Wahrung der Rechte des Personals anschliessen, jedoch hätte die FGK eine Erwähnung im Jahresbericht erwartet.

Das Resultat der Personalumfrage erscheint ebenfalls nicht im Jahresbericht. Auch hierbei handelt es sich nach Ansicht des Stadtrates um ein internes Instrument, um Erkenntnisse zu gewinnen, wodurch sich die Mitarbeitenden gestresst, belastet oder überfordert fühlen. Die Ergebnisse dienen primär dem Stadtrat, so die Ansicht des Stadtrates sowie den Abteilungsleitenden zur Informationsgewinnung und Problemidentifikation. Auch hier ist die FGK der Meinung, dass eine Erwähnung im Jahresbericht hätte

erfolgen müssen und hat die Prüfung der Ergebnisse und der Massnahme als Pendeuz in ihren Prüfplan aufgenommen.

Jahresrechnung 2008

Die Stadt Arbon legt einen Rechnungsabschluss, vor der insgesamt um Fr. 2'461'148.22 besser ausfällt als budgetiert. Die Laufende Rechnung weist bei Einnahmen von Fr. 42'375'318.— und Ausgaben von Fr. 39'919'520.— einen Ertragsüberschuss von Fr. 2'455'798.— aus. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von Fr. 5'350.—. Zum besseren Ergebnis beigetragen haben vor allem die Mehreinnahmen bei den Steuereingängen von rund 1,42 Mio. Fr. bei den Staats- und Gemeindesteuern, bzw. das um rund 2,45 Mio. Fr. bessere Gesamtergebnis bei der Position „Finanzen und Steuern“. Die Position soziale Wohlfahrt liegt leicht unter dem Budget. Zu Recht wird aber davon ausgegangen, dass als Folge der Finanzkrise und der Rezession die Ausgaben in den folgenden Jahren ansteigen werden.

Von den budgetierten Investitionen von Fr. 4'782'000.— wurden im Jahr 2008 Fr. 3'706'219.— investiert. Die grössten Abweichungen haben wir ebenfalls im Bericht aufgeführt und wir möchten sie darauf verweisen. Aufgefallen ist der FGK, dass für die Sanierung Camping/Strandbad vom Stadtparlament ein Baukredit von 830'000.— genehmigt wurde. In der Investitionsrechnung sind die Baukosten mit Fr. 1'117'458.— ausgewiesen. Dies entspricht Mehrkosten von rund Fr. 290'000.—. Darauf werde ich später bei der detaillierten Rechnung zurückkommen. Die Finanzzahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr erneut verbessert. Die finanzielle Situation der Stadt Arbon kann insgesamt als befriedigend bis gut bezeichnet werden.

Für das Jahr 2008 beträgt die Nettoschuld pro Einwohner neu noch Fr. 420.52 (Vorjahr Fr. 652.62). Sie wurde damit erneut deutlich reduziert. Die Abschreibungslast pro Einwohner beträgt neu Fr. 1'303.— (Fr. 1'319.—) und der Nettozinsaufwand im Verhältnis zur Fremdverschuldung wurde auf 1.44% (2,07%) reduziert. Die Steuerkraft pro Einwohner liegt 2008 mit Fr. 1'680.— (Fr. 1'567.—) über dem Durchschnitt der letzten 5 Jahre, was nach den vorherigen Ausführungen nicht erstaunt.

Die FGK beantragt ihnen einstimmig die Genehmigung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung 2008.

Erica Willi-Castelberg, SP: Die Rechnung 2008 brachte einen Rekord an Steuereinnahmen. Freuen wir uns darüber! In einem Jahr wird es sehr viel anders aussehen. Deshalb gilt es, mit dieser wohl für längere Zeit letzten reichen „Ernte“ haushälterisch und klug umzugehen. Wir haben viele Projekte, viele Baustellen und wir müssen uns sehr genau überlegen, was in den nächsten Jahren zahlbar ist und was nicht. Sehr vieles zurückstellen oder gar vergessen müssten wir mit Sicherheit, wenn auf Kantonsebene die Flat Rate Tax eingeführt würde.

Doch wenden wir uns dieser Rechnung zu, welcher wir von der Fraktion der SP und Gewerkschaften zustimmen können. Die zusätzlichen Abschreibungen von 1,5 Mio. Fr. und der geplante Übertrag von annähernd 1 Mio. Fr. ins Eigenkapital wird uns fitter machen für die Zukunft.

Etwas beunruhigt sind wir über gewisse Bemerkungen in diesem Bericht: Das Fehlen zweier Teile und von mehr Transparenz aus der Abteilung Bau. Seit Jahren wissen wir, dass dort Strukturprobleme bestehen – es ist unser Recht und unsere Pflicht, als Aufsichtsorgan zu wissen, was vor sich geht, wie und wann man diese Probleme nun anzupacken und zu lösen gedenkt. Natürlich würden uns auch die Resultate der Personalumfrage interessieren – sind die Angestellten mehrheitlich zufrieden oder eher nicht? Gerade wenn man sich nicht einfach auf Gerüchte verlassen will, sind Fakten gefragt und ein gutes Mittel, um Fehlurteile auszuräumen.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf die Gemeindeordnung Artikel 53 hinweisen: „Die Rechnungsprüfungskommission erstattet dem Stadtrat und dem Stadtparlament Bericht über ihre Tätigkeiten und Feststellungen“. Deshalb sind wir der Ansicht, und haben das auch im Stadthaus deponiert, dass der Bericht der RPK auch den Parlamentsmitgliedern zugänglich sein sollte und nicht nur der FGK. Das würde zu mehr Transparenz beitragen.

Wir befürworten die Anträge des Stadtrates. Wir danken auch der FGK für ihre Arbeit und den aufschlussreichen Jahresbericht.

Elisabeth Tobler, SVP: Im Namen der SVP Fraktion danke ich dem Stadtrat und dem Stadtpersonal für die Vorlage des wiederum ausführlichen Jahresberichts und der Jahresrechnung 2008.

Als erfreulich für die Stadt sticht wiederum der rekordhohe Überschuss ins Auge, der nicht nur durch Einsparungen zustande kam, sondern ausschliesslich durch Mehreinnahmen vor allem bei den Steuern. Dies zeigt, wie schon in den letzten Jahren, dass die im Budgetprozess von der SVP erneut verlangte Steuersenkung von 4% absolut realistisch gewesen wäre.

Kurz gesagt: Die Stadt Arbon erhebt nach wie vor zu viel Steuern! Der Überschuss beträgt nicht weniger als 12.65 Steuerprozente und bereits im letzten Jahr waren es 13%.

Der Überschuss unserer Stadt sollte jedoch nicht als Sonderfall betrachtet werden. Wir sind hier nicht die einzige Gemeinde, die einen Rekordüberschuss ausweist, nur haben die anderen grossen Gemeinden schon vorher die Steuern wesentlich mehr gesenkt als wir. Von den acht grossen Gemeinden haben wir es tatsächlich geschafft, den höchsten Steuerfuss zu erreichen.

Dass der Steuerfuss nicht alleiniger Standortfaktor ist, wissen auch wir von der SVP, aber gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten kann er für einen Standortentscheid massgebend sein. Mit einer Taktik und dem Spruch „Es kommt schon gut“, ist es leider nicht getan. Sparsamer Umgang mit unseren Finanzen hat hohe Priorität, vor allem vor dem Hintergrund, dass in der Wirtschaft die Gelder nicht mehr sprudeln. Nicht gefragt sind teure Studien und Planungen von Projekten, die im Moment nicht realisiert werden können. Wir sind überzeugt, dass noch Sparpotenzial vorhanden ist.

Für die SVP ist entgegen der Meinung des Stadtrates nicht nachvollziehbar, weshalb von der mit Fr. 120'000.— doch recht kostspieligen Analyse und Reorganisation der Bauverwaltung im Jahresbericht kein Wort steht, vor allem auch darum, weil damit verbunden wiederum 2½ neue Stellen geschaffen wurden. Der Personalbestand Ende 2008 ist nun von 97 auf 102 Personen mit insgesamt 8'430 Stellenprozenten (Vorjahr 8'150) angestiegen. Es gilt hier die Personalentwicklung im Auge zu behalten, da sich der Anteil des Personalaufwandes am Gesamtaufwand von 2006 bis 2008 von 25.4% auf 27.8% erhöht hat.

Ebenso wünschenswert wäre es gewesen, im Jahresbericht Informationen über die Personalszufriedenheitsanalyse zu lesen, da es bei zufriedenerem Personal zu weniger Fluktuationen kommt. Des Weiteren fehlen auch die Berichte über die Tätigkeit der Kommission für Stadtentwicklung und über das Sportstättenkonzept, welche beide für eine breitere Öffentlichkeit von Interesse wären.

Auffallend ist, dass der Stadtrat diesmal das Investitionsbudget bis auf ca. 1 Mio. ausgeschöpft und deutlich mehr investiert hat als im Vorjahr. Dies kommt der Budgetwahrheit näher als in früheren Jahren. Aber gerade auch bei den Investitionen ist darauf zu achten, dass nicht Luxusvarianten gefragt sind, oder Investitionen, die für spätere Rechnungen hohe Fixkosten und Abschreibungen nach sich ziehen. Solide Lösungen bringen langfristigen Mehrwert für die Stadt.

Erfreulich ist, dass alle Kennzahlen gut sind. Hier konnte vor allem die Nettoschuld pro Einwohner markant gesenkt werden auf Fr. 420.— und die Steuerkraft ist erfreulicherweise auf Fr. 1'680.— pro Einwohner gestiegen. Diese Faktoren weisen darauf hin, dass spätestens beim nächsten Budget eine moderate Reduktion des Steuerfusses wiederum gerechtfertigt ist, zumal andere Gemeinden, wie schon oben erwähnt, höhere Entlastung des Steuerzahlers schon in der Rechnung 2008 geboten haben.

Max Gimmel, FDP: Im Namen der FDP/DKL Fraktion gratuliere ich dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und allen Beteiligten, die zum guten Ergebnis beigetragen haben. Wir sind uns alle bewusst, dass Jahresergebnisse insbesondere von 2008, anders hätten aussehen können. Der Steuerertrag konnte gegenüber dem Vorjahr um 7,5 % gesteigert werden. Von diesem Mehrertrag von 1.6 Mio. Fr. sind aber allein die Steuernachträge 1,5 Mio. Fr. gewesen gegenüber dem Vorjahr. Diese Nachträge haben sich gegenüber früheren Jahren fast verdoppelt. Das zeigt doch, dass die Steuererklärungen per 31. Dezember 2007 noch einiges an Mehreinnahmen brachten und somit der grosse Teil des Erfolges aus dem Jahr 2007 stammt. Wenn die Nachträge der juristischen Personen, die doch auch 1.3 Mio. Fr. betragen, auf die Gemeindeanteile Stachen - Frasnacht entfallen, sollte man gerade in der heutigen wirtschaftlich schwierigen Situation dies nicht ganz vergessen. Auch der Mehrwertertrag der Grundstücksteuern von Fr. 200'000.— resultiert praktisch aus einer einzigen Handänderung. Auch dies zeigt, dass die Jahresergebnisse durch zum Teil unvorhersehbare Situationen markant beeinflusst werden können. Im Gegensatz zur SVP fordern wir deshalb heute keine Steuersenkung. Wir sind aber

sehr daran interessiert, dass im Kanton Thurgau im September die neue Steuergesetzrevision angenommen wird.

Zur Jahresrechnung: Umso wichtiger ist denn auch, dass man die Kostenseite konsequent scharf kontrolliert. Das ist immer schwieriger, wenn Einnahmen leichter generiert werden können. In der Laufenden Rechnung 2008 schiessen vor allem der Bereich Kultur und Freizeit bei den Abweichungen zum Budget oben aus, währenddem die Soziale Wohlfahrt mit einer Abweichung von Fr. 130'000.— auf gut 5 Mio. Fr. fast eine Punktlandung hingelegt hat. Diese Fr. 130'000.— sind erst noch besser als budgetiert. Auch dies sollte man in Erinnerung behalten, wenn wir nun auf wirtschaftlich schwierige Zeiten sehen. Die Soziale Wohlfahrt konnte trotz einem weiteren Ausbau des Betreuungs- und Beratungsangebotes, wie dies im Jahresbericht zu lesen ist, besser abschliessen.

Zurück zu Kultur und Freizeit. Dort sind es vor allem Strandbad, Camping und Veranstaltungen, die zu beträchtlichen Mehrausgaben geführt haben. Einerseits wurden Fehler in der Budgetierung gemacht, die mit dem Wort optimistisch sehr wohlwollend kommentiert worden sind. Bei der Budgetierung tragen wir Parlamentarier allerdings die Verantwortung mit und können uns da nicht aus der Pflicht stehlen. Andererseits haben aber auch die personellen Probleme und bauliche Massnahmen Mehrkosten verursacht. Beim Camping wäre es wünschenswert, wenn im Jahresbericht wiederum die Frequenz auf dem Camping aufgeführt wird, wie dies auch letztes Jahr der Fall war. Und beim Schwimmbad wäre vielleicht einmal zu erwähnen, dass die Stadt Arbon von der IVECO etwa Fr. 70'000.— geschenkt bekommt in Form von Warmwasser. Dies sind 18% der Kosten des Schwimmbades. Es gibt andere Energieverbundorganisationen, die geben gar nichts gratis ab, nicht einmal schmutziges Wasser.

Bei den Investitionen dürfen wir feststellen, dass doch mehr als im Vorjahr realisiert wurde, aber immer noch nicht im dem Ausmass wie budgetiert. Vieles davon ist zwar aufgelegt, konnte aber auf Grund verschiedener Verfahren doch nicht umgesetzt werden. Vielleicht sind wir froh, wenn nun Investitionen verspätet realisiert werden können und erhalten somit ein kommunales Konjunkturpaket. Der Hafen macht nun den Anfang, das ist gut so. Wie wir aus der Laufenden Rechnung gesehen haben, müsste die Stadt ohnehin nur Häfen und Parkplätze bauen, das ist das Einzige was rentiert. Die Jahresrechnung der Stadt Arbon zeigt wiederum verbesserte Zahlen. Diese genaue Betrachtung aber zeigt ebenso, dass die Konsequenzen im wirtschaftlichen Umfeld spürbar werden. Die Disziplin bei den Ausgaben ist unbedingt sehr strikte aufrecht zu erhalten.

Im Namen der FDP/DKL bedanke ich mich auch bei der FGK, die wie in ihrem Bericht aufgezeigt wurde, sorgfältig recherchiert hat, aber auch in einer guten Kultur mit dem Stadtrat zusammen arbeiten konnte. Abschliessend möchten wir noch anfügen zum Bericht der FGK, dass wir nicht ganz verstehen können, dass dessen Veröffentlichung bis heute Abend 21.00 Uhr untersagt worden ist. Wir können mit einem derart vertraulichen Bericht unserer Arbeit so nicht nachkommen, denn wir müssen ja diese Zahlen hinterfragen, damit arbeiten und nachfragen. Üblich ist, dass etwa 10 Tage vor der Parlamentssitzung der Bericht veröffentlicht werden kann, so können dann auch die Fraktionen damit richtig arbeiten. Ansonsten sind wir mit dem Jahresbericht und der Jahresrechnung der Stadt Arbon sehr zufrieden und danken allen Beteiligten.

Roman Buff, CVP/EVP: Die CVP/EVP Fraktion dankt dem Stadtrat, der Verwaltung und den städtischen Angestellten für die geleistete Arbeit. Das Ergebnis des Rechnungsabschlusses mit einem Überschuss, der um fast 2,5 Mio. Fr. besser als budgetiert ausfällt, ist sehr sehr erfreulich. Zum guten Ergebnis beigetragen haben Mehreinnahmen bei den Steuereingängen und die Ausgaben der Position Soziale Wohlfahrt, die leicht unter dem Budget liegen.

Wir danken allen, die dazu beigetragen haben, dieses gute Ergebnis zu erreichen. Von den Investitionen konnten 2008 von den budgetierten 4,7 Mio. Fr. immerhin 3,7 Mio. Fr. investiert werden. Dies ist ein Fortschritt zu 2007, wo der Differenzbetrag zwischen budgetierten und ausgeführten Investitionen sich noch auf fast 3 Mio. Fr. belief. Zu reden gab in der FGK die Investition Camping mit Strandbad von rund 1,1 Mio. Fr., wobei seinerzeit vom Stadtrat ein Baukredit von Fr. 830'000.— genehmigt wurde. Dies entspricht rein arithmetisch Mehrkosten von rund Fr. 290'000.—. Die Kosten über die 1. und 2. Etappe allerdings müssen zusammen angeschaut werden und es kann daraus nicht der Schluss gezogen werden, dass der entsprechende Stadtparlamentsbeschluss überschritten worden ist. Es bleibt deshalb die definitive Bauabrechnung abzuwarten. Die FGK wird diese bei Vorliegen sicher prüfen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Exekutive und der FGK war diesmal im Bezug auf die Jahresrechnung sehr gut. Wir wünschen uns allerdings vom Stadtrat immer noch, dass zu den einzelnen Konti schon im Rechnungsbericht für die FGK und das Parlament mehr Kommentare zu den Budgetabweichungen aufgeführt sind. Ich will hier auch einmal unserer Präsidentin der FGK Silke Sutter Heer danken für ihre umsichtige Leitung und kompetente Art. Im Namen der CVP/EVP Fraktion empfehle ich den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2008 anzunehmen, Eintreten ist ja obligatorisch.

Stadtrat Patrick Hug: Für die gute Aufnahme der Jahresrechnung 2008 möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Mit ihrem sehr guten Jahresergebnis befindet sich die Stadt Arbon in guter Gesellschaft. Auch der Kanton und zahlreiche andere Gemeinden erzielten im vergangenen Jahr Rekordüberschüsse.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Stadtrates und der einstimmigen FGK Folge zu leisten und der vorgeschlagenen Verwendung des Jahresergebnisses zuzustimmen. Mit den zusätzlichen Abschreibungen können die kommenden Jahresrechnungen entlastet und mit der Aufstockung des Eigenkapitals kann ein Polster für die nächsten, finanziell schwieriger werdenden Jahre geschaffen werden.

Zum Votum von Elisabeth Tobler und der Forderung nach einer weiteren Steuerfusssenkung möchte ich Folgendes bemerken: Die Stadt Arbon spürt die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bereits in der laufenden Rechnung 2009. Während sich die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen nach wie vor sehr erfreulich entwickeln, ist bei den juristischen Personen mit einem Steueraderlass gegenüber dem Budget zu rechnen. Überraschend deutlich macht sich die Krise bereits heute auch bei der Öffentlichen Sozialhilfe bemerkbar. Die Ausgaben liegen derzeit klar über den Budgetwerten.

Präsident Bernhard Bertelmann: Wir schliessen das Eintreten ab und kommen zur materiellen Beratung. In der materiellen Beratung werden wir zuerst den Jahresbericht beraten und darüber abstimmen, anschliessend die Jahresrechnung beraten und ebenfalls darüber abstimmen.

Wir beginnen nun mit der Beratung des Jahresberichtes ab Seite 6. Ich werde jeweils die Berichte der einzelnen Ressorts aufrufen.

Wir starten mit dem Bericht des Stadtparlaments

Seite 7 und 8

keine Bemerkungen

Ressort Präsidium Seite 9 bis 13

Konrad Brühwiler, SVP: Ich habe eine Frage und Bemerkung zu Seite 13 Personalbestand am Jahresende. Ich habe da den Vergleich mit früheren Jahren gemacht. Innerhalb dreier Jahre von 2006 bis 2008 und ich habe immer die effektive Personenzahl der Stadt Arbon am 30. September des Jahres genommen, hat sich die Stadt Arbon um mindestens 4 Vollzeitstellen vermehrt. Ich habe die Lehrlinge nicht dazu gezählt, denn sie sind für mich neutral. Lehrstellen könnte es von unserer Meinung aus 10 Stellen in Arbon haben, da sind wir überhaupt nicht pingelig. Gemessen am Finanzertrag betrug der Personalaufwand im Jahr 2004 24% des Gesamtaufwandes, im Jahr 2005 25%, im 2006 26% im 2007 27% und im Jahr 2008 interessanterweise 28%. So geht es munter aufwärts. Jedes Jahr steigt der Personalaufwand durchschnittlich um 1%. Die nackten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Jahr für Jahr wird diese Verwaltung ausgebaut.

Mit der Wirtschaftskrise setzt nun eine Trendwende ein. Auf Grund dieser Fakten erwägt die SVP Fraktion im Parlament aktiv zu werden. Ein Personalstopp für die Verwaltung wäre eine von mehreren Möglichkeiten. Ich frage deshalb den Stadtrat an, wie sieht er die Situation und was gedenkt er gegen diese Zunahme des Verwaltungsaufwandes zu unternehmen. Zum Beispiel wie begegnet er in naher Zukunft dem rückläufigen Kundenbedürfnis, den rückläufigen Einnahmen an Gebühren ect.

Stadtammann Martin Klöti: Ich danke für den Hinweis. Ich möchte sie auch darauf hinweisen, dass sie jedes Jahr dem Budget zugestimmt haben, dass wir detailliert Auskunft gegeben haben über unsere Stellen und entsprechende Leistungsverbesserungen, welche Stellenerhöhung zufolge haben, sie haben immer zugestimmt.

Wir haben in den letzten Jahren auch auf breiter Basis mehr Aufwand und leisten bessere Arbeit, angefangen bei den Sozialen Diensten bis zur Abteilung Bau. Ein Personalstopp würde diese Prozentzahl, die sie aufzählen Herr Brühwiler, nicht verändern, denn die Teuerung dürfen wir nicht abschaffen. Wir unterliegen einem Prozess der Teuerung, den wir nicht wegbieten können. Folglich müssen wir auch um Verständnis bitten, dass natürlich die Kosten deshalb auch ansteigen werden insgesamt im Personalaufwand. Ich gehe aber mit ihnen einig, dass wir selbstverständlich nicht wild darauf sind, Stellen zu schaffen. Wir haben überhaupt nie Stellen in Erwägung gezogen zu schaffen, wenn sie nicht dringend notwendig waren. Wir haben immer klar kommuniziert, wenn Stellen geschaffen wurden. Daher glaube ich, der Stadtrat ist ihnen gegenüber sehr transparent verfahren und wenn sie insgesamt die Verbesserung der Erträge sehen, dann steht dieser Prozentzuwachs bestimmt in einem guten Verhältnis. Ich will nicht sagen, man soll mit weniger Personal besser arbeiten können. Das kann niemand, aber ich will einfach sagen, dass die Zunahme berechtigt ist.

Präsident Bernhard Bertelman:

Ressort Einwohner und Sicherheit, Seite 14 bis 18

Keine Bemerkungen

Ressort Finanzen, Seite 19

Keine Bemerkungen

Ressort Bau / Freizeit / Sport, Seite 20 bis 26

Konrad Brühwiler, SVP: Ich habe eine Frage zu Seite 20, Baubewilligungen. Ich habe die 145 Baugesuche des letzten Jahres verglichen mit den Zahlen der Jahren vorher. Ich habe vor allem auch immer wieder die Zahl genommen, die am 31. Dezember als erledigt gilt. 145 ist eigentlich eine gute Zahl. Die höchste Zahl zwischen 2003 bis 2008 waren 154 Baugesuche und von diesen 154 Baugesuchen wurden 129 erledigt. Was auffällt im Jahr 2008 ist die schlechte Zahl an erledigten Baugesuchen. Das sind nämlich nur 108 und das ist in den letzten Jahren die tiefste Zahl aller erledigten Baugesuche. Das ist eigentlich das was mich am ehesten stutzig gemacht hat bei einem Stellenetat von 2 Vollzeitstellen mehr als vor 3 Jahren. Es wurden am wenigsten Baugesuche erledigt und deshalb die Frage: Besteht aus dem Baugesuch von 2003 und früher und dem Baugesuch von 2008 ein Unterschied in Sachen Zeitaufwand, in Sachen Abklärungen, Fristen, Arbeitsablauf, Instanzendurchlauf ect.? Oder womit ist die negative Verschiebung zu diesem grösseren Verwaltungsaufwand zu erklären? Wo setzt die kostenintensive Reorganisation des Stadtrates am Beispiel eines Baugesuches ein und mit welchem Personalbestand, wenn man das beantworten kann? Wie viel von erledigten Baugesuchen erwartet der Stadtrat am Ende 2009?

Stadtmann Martin Klöti: Ich gebe folgende Erklärung: 1. Baugesuch ist nicht Baugesuch. Es gibt natürlich weniger und mehraufwendige Baugesuche. Wenn sie aber beachten würden, dass das Investitionsvolumen, ausgelöst durch diese Baugesuche ein Mehrfaches ist als 2004 dann würden sie verstehen, dass diese Baugesuche, die bei uns behandelt wurden, komplexer waren als die Baugesuche 2004. Diese Analyse haben wir nicht gemacht, das muss ich ihnen einfach so sagen.

Die Schweiz hat das dichteste Baureglementssystem der Erde und es wird immer dichter von Jahr zu Jahr und die Anforderungen werden immer höher. Es wird mir beinahe schwindlig, wenn ich sehe, wie viele Seiten heute eine Baubewilligung umfasst, welche Abklärungen getroffen werden müssen, beim Kanton, bei den entsprechenden Stellen für Energie, für alle möglichen Fachbereiche, die zuerst abgeholt werden müssen. Wir haben es auch nicht immer in der Hand, wie schnell eine solche Bewilligung bei uns erstellt werden kann durch diese Fachstellen, die wir noch immer zuerst konsultieren müssen. Das heisst also, auch wenn mit diesem Personalbestand diese Baubewilligungen erteilt wurden, ist nicht weniger gearbeitet worden. Die bewilligten Stellen, die hatten wir noch nicht, genau deswegen mussten wir aufstocken. Im Jahresbericht habe ich es geschrieben, wir haben zu wenige Ressourcen mit diesem Druck der noch immer herrscht.

Es wird immer noch sehr stark gebaut zum Glück, besonders im Bereich Wohnbau und das erhält uns natürlich auch entsprechend die Investitionen vor Ort. Nochmals pro Woche wird über 1 Mio. Fr. investiert auf dem Platz Arbon in Bauten und das ist eine grosse Menge, das löst viel Arbeit aus.

Stadtrat Reto Stäheli: Kann die 2. Frage beantworten. Wir sind online oder hochrechnungsmässig gleich wie letztes Jahr. Ungefähr wie letztes Jahr laufen wir auf die 145 bis 150 Baugesuche hin.

Präsident Bernhard Bertelmann:

Ressort Soziales, Gesellschaft, Seite 27 bis 34

keine Bemerkungen

Damit haben wir den Jahresbericht abgeschlossen. Gibt es Rückkommensanträge?

Wir kommen zur Abstimmung über den Jahresbericht.

Der Stadtrat beantragt ihnen, den Jahresbericht zu genehmigen. Auch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen einstimmig, diesem Antrag zuzustimmen.

://:

Der Jahresbericht 2008 wird einstimmig genehmigt

Wir kommen zur Beratung der Jahresrechnung 2008 ab Seite 35

Die Laufende Rechnung 2008 wird kapitelweise und unter Aufruf der funktionalen Hauptbereiche beraten, wobei ich ihnen genügend Zeit geben möchte, zu Detailpositionen Fragen zu stellen oder Anmerkungen zu machen. Bitte nennen sie jeweils Kontonummer und –titel.

Silke Sutter Heer, FGK: Ich möchte nicht mehr sämtliche Konten, die die FGK in ihrem Bericht aufgeführt hat noch einmal erwähnen. Dies in der Annahme, dass alle den Bericht studiert und in ihren Fraktionen besprochen haben. Sie kennen also die Fragen und die Antworten. Ich werde nur noch ganz punktuell auf bestimmte Bereiche eingehen.

Präsident Bernhard Bertelmann: Wir beginnen mit dem Konto 10

Allgemeine Verwaltung Seite 37 und 38

keine Bemerkungen

Seite 39

Silke Sutter Heer, FGK: Seite 39, die Bauverwaltung 1028. Ist es richtig, dass wir seitenweise vorgehen, habe ich das richtig verstanden? Das ist neu, bisher haben wir immer die Positionen aufgerufen.

Da geht es um die Bauverwaltung, die Position 1028.3090, da wurde uns der Beschluss vorgelegt. Wir wären der Ansicht gewesen, dass dies auf Grund des Betrages und der Wichtigkeit, es geht um diese Auftragserteilung für die Analyse und Umsetzung im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Abteilung Bau, tatsächlich in den Jahresbericht gehört hätte. Das ist eine Wiederholung aber hier mit der Zahl verbunden, eben diesen Fr. 120'000.— welche doch deutlich darauf hinweist, dass das eine Position gewesen wäre, die mindest erwähnt hätte werden müssen.

Erica Willi-Castelberg, SP: Meine Frage bezieht sich genau zu dieser Position 1028.3090, Übrige Personalkosten. Sind diese Fr. 120'000.— die ganzen Kosten für die externe Beratung Neuorganisation Abteilung Bauverwaltung, oder kommt in diesem Jahr noch mehr dazu?

Staatammann Martin Klöti: Der Aufwand zeigt jetzt die ersten Erträge. Wir haben bereits drei der neuen Mitarbeiter eingearbeitet, die aus dieser Reorganisation folgen. Es hat bereits angetreten den Arbeitsplatz Rainer Heeb für die Nachfolge Tiefbau von Roland Löw, es hat angetreten den Arbeitsplatz Gallus Ammann als stellvertretender Abteilungsleiter Bau und es wird am 6. Juli den Arbeitsplatz antreten Dominik Frei als Stadtplaner. Eine vierte Position ist noch offen und noch nicht besetzt. Das heisst, nun greift es. Ich wollte dann im letzten Teilbericht des Stadtrats darauf hinweisen, dass wir parallel dazu auch noch die räumlichen Verhältnisse angepasst haben. Nun kann diese neu organisierte Abteilung Bau auch wirken. Diese Kosten sind die für das Jahr 2008, wir beraten ja die Rechnung 2008. Das Mandat wurde fortgesetzt 2009, läuft aber aus spätestens im September.

Ohne eine solche Begleitung, darf ich ihnen sagen, hätten wir diese Leistungen der Abteilung Bau nicht so hoch erhalten können. Ohne diese Begleitung wäre die Reorganisation nicht möglich gewesen. Wir haben uns entschlossen, dies zu tun, das macht man nicht alle Jahre, aber wenn man es macht, macht man es richtig. Sie haben uns dabei unterstützt, haben uns diese 2 ½ Stellen gewährt und ich danke in diesem Moment noch einmal dafür.

Erica Willi-Castelberg, SP: Entschuldigung, dass ich darauf beharre, aber meine Frage ist nicht beantwortet. Ich wollte ein klares Ja oder Nein. Kommen noch weitere Kosten auf uns zu oder ist das mit diesen Fr. 120'000.— erledigt?

Stadtmann Martin Klöti: Meine Antwort hat gelautet; Das Mandat dauert noch bis zum September mit Unterbruch im Sommer und es kommen noch weitere Kosten auf uns zu, aber nicht mehr 120'000.—, das war im Jahr 2008.

Roland Schöni, SVP: Wir können dieses Konto noch nicht verlassen. Ich spreche immer noch vom Konto auf Seite 39, 1020.3090, wo diese Fr. 120'000.— für die Analyse und Reorganisation für die Bauverwaltung aufgeführt sind. Uns von der SVP würde interessieren wie sich dieser Betrag zusammensetzt. Wenn man davon ausgeht, dass ein Kostenrahmen von Fr. 35'000.— angesetzt wurde, diese Fr. 120'000.— war das vorher abgemacht? Hat ein Auswahlverfahren stattgefunden bei dieser Analyse und wer hat die Kostenkontrolle gemacht?

Stadtmann Martin Klöti: Eine Ausschreibung für solche Mandate machen wir nicht. Wir haben aber Erfahrungswerte und wir haben Referenzen die wir einholen, der Stadtrat berät diese und beschliesst dann, wem er ein solches Mandat erteilt. Diese Firma hat sehr gute Referenzen, die uns diese Reorganisation gemacht hat. Sie hat sich profiliert auch im Zusammenschluss der Bauverwaltung Luzern - Littau. Das sind beides Verwaltungen, die durch die Fusion in Luzern zusammengeführt werden mussten. Der Mann, der dieses Mandat innehat, hat grosse Erfahrung und ist ein guter Coach ausserdem. Er hat den Auftrag gehabt, die Reorganisation durchzuführen, uns aber auch Instrumente zu geben, diese Abteilung Bau danach zu führen, also Tools sogenannte mit denen man über unterstützende EDV - Lösungen auch bessere Projektarbeit leisten kann, bessere Archivmöglichkeiten hat. Ebenfalls wurde evaluiert in diesem Prozess das GIS, das bei uns noch immer nicht endgültig umgesetzt wurde. Es sind viele technische Umsetzungsteile dabei in diesem Mandat nebst den ganzen personellen Analysen und Aufbauarbeiten, dieses Mandat wurde so vergeben. Wir haben gesehen, dass die Zeit zu eng bemessen war für diese Reorganisation. Wir haben uns mehr vorgenommen innerhalb dieser Zeiten, wir mussten das Mandat verlängern. Wir konnten den angeschobenen Reorganisationsprozess nicht einfach unterbrechen. Irgendwann einmal steht man mittendrin und weiss, wer A sagt muss B sagen. Das ist der Grund, weswegen nicht von Anfang an die ganze Summe hat eingesetzt werden können. Ich bitte um Verständnis.

Präsident Bernhard Bertelmann:

Seite 40

Keine Bemerkungen

Seite 41

Konrad Brühwiler, SVP: Zur Position Seite 41 Konto Nr. 1092.3010 und 1092.3150, Verwaltung Liegenschaft: Bahnhofstrasse 24 Übriger Unterhalt. In Artikel 56 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon steht, ich zitiere: Der Finanzhaushalt der Stadt ist sparsam, wirtschaftlich und mittelfristig ausgeglichen zu führen, die verfügbaren Mittel sind effizient einzusetzen. Im Fall der Liegenschaft Bahnhofstrasse 24 und den Positionen Abwart und Reinigung, bzw. Übriger Unterhalt, möchte ich nachfragen, ob eine Lösung, die innerhalb eines Jahres dreimal soviel kostet wie die Vorhergehende kostete, eine sparsame und effiziente sein kann? Wir meinen nein, gerade in heutiger Zeit sind wir sicher und überzeugt, dass sich geeignete, zuverlässige und dankbare Raumpflegerinnen finden lassen. Diese Position wird von unserer Fraktion in der kommenden Budgetdebatte ganz genau angeschaut.

Stadtrat Reto Stäheli: Die Position 1092.3150, mussten wir ausschreiben. Die Person, die die Reinigung durchführte, konnte diese nicht mehr ausführen und wir hatten keine geeignete Person, die diskret, wie die Vorgängerin, die Büros reinigen kann. Somit waren wir gezwungen, und wir haben hier wirklich ein Ausschreibungsverfahren gemacht, wir haben den Günstigsten und der auch Seriosität und Verschwiegenheit an den Tag bringt, hier gewählt. Wenn wir hier eine interne Person finden, die das machen kann zu günstigeren Konditionen, bin ich offen.

Konrad Brühwiler, SVP: Darf ich nachfragen? Ist diese Ausschreibung über ein Stelleninserat oder seid ihr direkt auf das Reinigungsinstitut losgegangen?

Stadtrat Reto Stäheli: Wir haben drei Reinigungsinstitute angefragt und haben die Offerten verglichen, es ist alles sauber gelaufen.

Präsident Bernhard Bertelmann: Wir kommen zum Ressort Öffentliche Sicherheit

Seite 42 / 43 / 44 / 44

keine Bemerkungen

Seite 45

Silke Sutter-Heer, FGK: Zu den Konten 1151.3140 und 1151.3150, hier nur noch eine Ergänzung. Die ALST war auch öfters belegt und deshalb hat dies einfach auch nicht nur zu mehr Einnahmen, sondern auch zu höhern Kosten geführt, was ja eigentlich logisch ist.

Präsident Bernhard Bertelmann:

Seite 46

keine Bemerkungen

Ressort Kultur und Freizeit Seite 47

keine Bemerkungen

Seite 48

Elisabeth Tobler, SVP: Zur Position 1308, Seeparksaal. Hier möchten wir monieren, dass eine total unbefriedigende Gebührenfestlegung für die Benutzer, vor allem für die Vereine herrscht. Es besteht ganz klar die Gefahr von Willkür. Derjenige der weiss, dass er ein Gesuch stellen kann, ist bevorteilt. Es sollte für alle die gleiche Regelung gelten. Die Auswärtigen sollten nicht bevorzugt sein und die Vereine, welche Mühe haben die nötigen Gelder für ihre Zwecke aufzutreiben, sollten unterstützt werden. Es ist bereits so, dass Vereine sich den Seeparksaal nicht mehr leisten können, Auswärtige diesen, wie publiziert, aber gratis erhalten. Was macht der Stadtrat um diesen Missstand zu beheben?

Stadtrat Reto Stäheli: Ich bin erstaunt über die Aussage, dass Auswärtige den Saal gratis erhalten. Ich weiss, wie wir das handhaben. Wenn wir ein Jubiläum haben von einer Veranstaltung, kann der Verein ein Gesuch stellen an den Stadtrat, dann beschliesst der Stadtrat über die Freistellung oder teilweise Erlass der Miete, das ist Standard.

Elisabeth Tobler, SVP: Bei den SummerDays Festivals wurde publiziert, dass sie den Saal gratis haben.

Stadtrat Reto Stäheli: Da muss ich das Wort an Stadtmann Martin Klöti geben, aber es ist nicht gratis in dem Sinn. Soviel ich weiss, ist der Saal in dieser Zeit nicht belegt.

Stadtmann Martin Klöti: Hier handelt es sich um eine Fehlinformation. Es ist nicht so, dass der Seeparksaal nicht verrechnet wird. Es ist so, dass wir für das erste Jahr keine Defizitgarantie geben werden, machen wir nie, grundsätzlich nicht bei Veranstaltungen. Hingegen wenn ein Defizit anfällt, können wir auf gewisse Rechnungsstellungen verzichten. Es ist aber nicht gemeint, dass der Seeparksaal deswegen nicht verrechnet werden soll, genau so andere Positionen, zwei Räume in der Liegenschaft Rondelle, die gemietet werden. Die Beträge sind alle festgemacht in der Bewilligung, nur mit dem Zusatz: bei einem Defizit kann der Stadtrat diese Kosten erlassen. Das ist das Einzige.

Seite 49

Silke Sutter Heer, FGK: Zur Position 1330.3180, zu den Parkanlagen und zu dem Springbrunnen. Ich bin mir da nicht ganz sicher, ob das auch wirklich richtig verstanden worden ist. Es ist so, dass eigentlich dieser Springbrunnen von der Arbon Energie AG nur in Rücksprache mit der Bauverwaltung repariert werden dürfte. Das wurde ohne Rücksprache gemacht und die Stadt durfte dann die Rechnung zahlen, funktioniert jedoch wieder.

Seite 50 / 51

keine Bemerkungen

Elisabeth Tobler, SVP: Ich komme da nochmals zu Position Strandbad Camping. Wie wir aus der Zeitung lesen konnten, hat der Stadtrat bei der Sanierung die WC-Anlage, die vom Parlament gestrichen wurde, trotzdem eingebaut mit dem Hinweis, dass der Kredit nicht überschritten wurde. Hier möchten wir klar festhalten, dass nicht alleine die Kosten massgebend waren für die Streichung dieser Position. Der Stadtrat hat sich wieder einmal mehr über das Parlament hinweggesetzt. Wir von der SVP möchten hier eine Rüge diesbezüglich aussprechen. Wir dulden dieses Vorgehen überhaupt nicht. Für die Zukunft ist der Wille des Parlaments zu respektieren und der Stadtrat kann nicht eigenmächtig handeln, obwohl das Parlament dies gestrichen hat. Dies trägt nicht gerade zur Vertrauensbildung bei, sogar der Bundesrat muss sich an Volksabstimmungen halten.

Präsident Bernhard Bertelmann: Darf ich nachfragen, du beziehst dich allgemein auf das Konto 1350.1344?

Stadtrat Reto Stäheli: Hiermit verweise ich auf die ausstehende Bauabrechnung, dort werden wir dann offenlegen, wie es detailliert aussieht.

Präsident Bernhard Bertelmann:

Silke Sutter-Heer, FGK: Konto 1350.3140 und 1350.3150, Baulicher und Übriger Unterhalt, hier möchte ich die Zahlen nachschieben. Beim Baulichen Unterhalt waren das Fr. 20'130.60 und beim übrigen Unterhalt Fr. 18'483.80.

Präsident Bernhard Bertelmann:

Ressort Gesundheit Seite 54	keine Bemerkungen
-----------------------------	-------------------

Ressort Soziale Wohlfahrt Seite 55 bis 58	keine Bemerkungen
---	-------------------

Ressort Verkehr Seite 59 bis 61	keine Bemerkungen
---------------------------------	-------------------

Ressort Umwelt und Raumordnung Seite 61 bis 65	keine Bemerkungen
--	-------------------

Ressort Volkswirtschaft Seite 65 und 66	keine Bemerkungen
---	-------------------

Ressort Finanzen und Steuern Seite 66 und 67	keine Bemerkungen
--	-------------------

Ressort Restaurant Seeparksaal Seite 67 bis 70	keine Bemerkungen
--	-------------------

Damit haben wir die laufende Rechnung durchberaten.

Gibt es Fragen zu den Darstellungen auf Seite 71 – 75	keine Bemerkungen
---	-------------------

Investitionsrechnung Seite 76. Wir werden wieder Ressort um Ressort durchgehen.

Silke Sutter Heer, FGK: Ich werde es gleichhalten. Ich verweise sie wieder auf die schriftlichen Ausführungen und werde nur punktuell und zwar bei der Investitionsrechnung auf eine Position eingehen.

Präsident Bernhard Bertelmann:

Ressort Allgemeine Verwaltung Seite 76	keine Bemerkungen
--	-------------------

Ressort Öffentliche Sicherheit Seite 76 bis 78	keine Bemerkungen
--	-------------------

Ressort Kultur und Freizeit Seite 78 bis 80	keine Bemerkungen
---	-------------------

Silke Sutter-Heer, FGK: Hier zum Konto 134410.503, Strandbad/ Camping noch einige Ergänzungen zu den schriftlichen Ausführungen, es wurden uns Erklärungen über Fr. 916'000.— geliefert. Der Rest der Baukosten von Fr. 150'000.— wurde bis heute nicht begründet. Ich bin auch der Meinung, wir haben eine klare Frage gestellt. Wir haben uns nach den verbleibenden Fr 204'458.— erkundigt und haben dann nur eine Antwort über Fr. 55'000.— erhalten. Ich bin der Meinung, vielleicht können wir heute Abend hierüber noch Aufschluss erhalten, auch wenn die entsprechende Bauabrechnung noch nicht vorliegt, denke ich „grosso modo“ kann diese Position vielleicht doch noch erhellt werden. Ganz sicher wird die FGK, sobald diese Bauabrechnung vorliegt, diese prüfen und dann diesen Prüfungsbericht, hier im Parlament präsentieren.

Stadtrat Reto Stäheli: Welche Fr.150'000.— sprichst du an? Es sind noch ungefähr Fr. 150'000.— offen vom Kanton.

Silke Sutter-Heer, FGK: Ich erkläre es in Zahlen. Der Objektkredit war Fr. 830'000.—. Dann wurde eine Erklärung mittels Nachtragkredits 3608 über Fr. 83'000.— nachgeschoben. Das war die Geschichte mit diesem Steg, der teurer gekommen ist als ursprünglich geplant, weil man auf alte Zahlen abgestützt hat. Dann wurde eine zweite Erklärung nachgeschoben und darin wurden Fr. 55'000.— damit erklärt, dass es sich noch um Bauvorhaben aus den Jahren, welche die erste Etappe betroffen haben, aus 2004 und 2005, gehandelt hat. Wenn man das zusammenrechnet kommt man auf Fr. 968'000.—. Diese abgezogen von den Fr 1'117'458.— Mio., welche in dieser Position aufscheinen, ergibt diese Fr. 150'000.— .

Stadtrat Reto Stäheli: Das sind noch diese Fr. 150'000.— Subventionen, die noch vom Kanton für Denkmalschutz ausstehen. Das gehört in die gesamte Bauabrechnung herein und dort werden sie dann ausgewiesen.

Silke Sutter-Heer, FGK: Darf ich hier nochmals nachfragen? In diesem Bericht, den wir noch nachgeschoben erhalten haben steht: Subventionsbeiträge Fr. 158'000.—, sind wohl die Fr 150'000.— von denen nun die Rede ist, geschrieben am 07. November 2008, wurden offensichtlich Fr. 100'000.— geleistet, Bin mir aber nicht ganz sicher in der Investitionsrechnung, ich meine diese sind auch aufgeführt. Dann am 11.März.09 wurden Fr. 58'000.— geleistet, die dann natürlich korrekterweise in der Rechnung 2009 aufgeführt sein müssten. Ich kann mir fast nicht vorstellen, dass diese Ausgaben aus dem Jahre 2008 noch in die Rechnung 2009 eingeführt werden sollen, aber ich bin keine Buchhalterin.

Stadtrat Reto Stäheli: Ich muss das wirklich zurücknehmen mit der ganzen Bauabrechnung. Ich kann hier nicht über Details einzeln Auskunft geben. Die Bauabrechnung liegt mir nicht im Detail vor.

Konrad Brühwiler, SVP: Ich habe eine Frage zu einer Position weiter oben nämlich zu 134301.501, Hafenerweiterung Planungs- und Baukosten. Auf Seite 26 im Jahresbericht erwähnt der Stadtrat, dass sich die Stadt Arbon nicht an den Investitionskosten von 6,7 Mio. Fr. Sanierung und Erweiterung Schlosshafen beteiligen muss. Erklärungshalber möchte ich die folgende Frage noch einmal beantwortet haben. Wie verhält es sich mit den Planungs- und Baukosten von Fr. 197'819.—, nachdem dem Stimmbürger im Abstimmungskampf immer versprochen wurde, die Hafenerweiterung würde dem Steuerzahler keinen Franken kosten. Gehören Planungs- und Baukosten nicht in die Hafenerweiterung?

Stadtrat Reto Stäheli: Diese Fr. 197'819.— sind nicht in der Investitionsrechnung drin heute. Es ist auch immer so kommuniziert worden, dass die Vorleistungen nicht drin sind. Es wurde ein Schnitt gemacht, als wir das OK bekommen haben für die Realisierung des Hafens.

Dieter Feuerle, SP: Ich beziehe mich auf 134101.550 und 134101.669, dort ist ersichtlich, dass die Stadt Arbon bereits Fr. 882'900.— eingenommen hat für die Vorfinanzierung Hafenerweiterung. Ich frage mich jetzt oder wundere mich ähnlich wie mein Vorredner. Warum nimmt man jetzt nicht das Geld aus diesem Konto um bereits getätigte Ausgaben zu begleichen für den neuen Schlosshafen? Ich erinnere sie noch einmal, geschätzter Stadtrat und auch die anderen Parlamentarier an die Abstimmungsbotschaft. Dort steht klipp und klar geschrieben auf Seite 11; keine Belastung der Stadtkasse. Durch die Vorfinanzierung werden für durch die Sanierung und Erweiterung des Schlosshafens keine Steuergelder benötigt, das steht so klipp und klar geschrieben in der Botschaft.

Ich frage mich jetzt, wenn wir hier und heute dieser Rechnung so zustimmen, dann laufen wir Gefahr, dass die Fr. 197'819.—, die bereits für den neuen Hafen bezahlt wurden, diese dann von Steuergeldern bezahlt werden. Ich würde gerne vom Stadtrat wissen, wieso finanziert man das nicht gleich aus den bereits erhaltenen Einnahmen von der Vorfinanzierung?

Stadtrat Reto Stäheli: Diese Gelder, die hier im Hafen sind, sind Vorleistungen, Vormieten und Einkauf von den Bootsplatzmietern, die ab 2010 einen Hafenplatz in Aussicht haben. Die Botschaft hat immer aufgezeigt, dass wir ab Abstimmungstermin die Kosten 6,7 Mio. Fr. für den Hafen realisieren werden. Wir konnten ja nicht wissen was passiert, wenn das ganze Projekt Hafenerweiterung an der Urne abgelehnt worden wäre, die Fr. 200'000.— wären dann ohnehin in der Rechnung gestanden.

Da müsste man noch weiter zurückgehen in die Jahre 2008 und 2007, auch dort sind Aufwände für Planungen angelaufen und normalerweise sind die Planungen nicht Bestandteil der Investition, ausser man kennt sie von Anfang an und weist sie aus. Ich lasse es aber offen, wenn wir günstiger abschliessen, dass wir es dann wieder zurückbuchen.

Dieter Feuerle, SP: Mit dieser Aussage muss ich sagen, dass der Stadtrat wortbrüchig geworden ist. Wenn man in einer Botschaft schreibt, dass keine Kosten für die Stadt anfallen, dann müsste man heute hierhin stehen und klipp und klar sagen, dass sämtliche Aufwendungen die bereits getätigt wurden, für Marketingmassnahmen, für Planungen ect., wir sprechen immerhin bereits von einer viertel Million Franken, dass dieses Geld in die neue Rechnung des Hafens fliesst. Das ist ehrlich und müsste heute und hier gemacht werden, meine Damen und Herren.

Konrad Brühwiler, SVP: Ich bin Naturliebhaber und steche nicht gerne in Wespennester, aber da denke ich, da muss der Stadtrat schon noch einmal über die Bücher. Man hat dem Stimmbürger etwas versprochen und dieses Versprechen ist zu halten. Ich bin selber ein Befürworter dieses Hafens, aber so dürfen wir nicht vorgehen. Ich meine, da muss der Stadtrat über die Bücher und diese Position muss bereinigt werden.

Riquet Heller, FDP: Wenn kritisiert wird aus unserer Reihe, dass diese Position eigentlich über die Einnahmen abgebucht werden sollte, dann sollte auch ein entsprechender Antrag gestellt werden, dass diese Rechnung diesbezüglich abgeändert wird. Meinerseits überzeugt die Ausführung von Stadtrat Reto Stäheli, nämlich, dass diese Kosten so oder so angefallen wären, auch dann wenn das Hafenprojekt abgelehnt worden wäre, dann wären diese Kosten ebenfalls ausgegeben gewesen. Selbstverständlich müsste man zurückbuchen und alle Vorjahre, wo Projektierungen im Hafen gemacht worden sind im Hinblick auf die Hafensanierung, die Hafenerweiterung, ebenfalls über diese Vorfinanzierung abbuchen. Ich bitte die Kritiker entsprechende Anträge zu stellen, damit wir abstimmen können.

Präsident Bernhard Bertelmann: Wird ein entsprechender Antrag gestellt? Dieter Feuerle wirst du einen Antrag stellen?

Dieter Feuerle, SP: Ja, nachdem ich vom Stadtrat enttäuscht wurde. Ich hätte eigentlich damit gerechnet, dass der Stadtrat heute sagt, dass dieser Betrag, der bereits bezahlt wurde für den neuen Hafen, in die Rechnung des Hafens fliessen wird. Ich versuche jetzt einen Antrag zu formulieren. Ich beantrage hiermit, die Fr. 197'819.— aus der Investitionsrechnung zu nehmen und sie über die Einnahmen der Spezialfinanzierung zu begleichen.

Präsident Bernhard Bertelmann: Ich möchte zurückfragen? Liegt das in der Kompetenz des Parlaments, dass wir die Rechnung abändern dürfen? Kann mir da jemand Auskunft geben?

Elisabeth Tobler, SVP: Ich bin mir da nicht sicher, ob wir hier das machen können, wie die Beiträge der vorfinanzierenden Personen genau für die Hafenplätze gebraucht werden. Für mich ist daher die Frage; Wieviel ist in dieser Spezialfinanzierung drin? Ist da mehr drin von früheren Jahren, dass man das von diesen Beträgen decken kann, besteht keine Spezialfinanzierung?

Stadtrat Reto Stäheli: Darin sind genau Fr. 882'000.— aus den Verträgen die jetzt schon abgeschlossen worden sind. Man hat ja letztes Jahr einen Antrag gestellt, dass der Hafen eine Spezialfinanzierung werden sollte, der wurde ja abgelehnt. Wir haben kein Geld rückgestellt für solche Sachen.

Elisabeth Tobler, SVP: Ich bin mir nicht sicher, ob wir die Kompetenz dazu haben. Dann würde ich vorschlagen, dass wir das zurückstellen und sauber abklären, bevor wir über etwas entscheiden, für das wir keine Kompetenz haben.

Silke Sutter Heer, FGK: Ich muss sagen, wir haben nicht gerade etwas gefunden in der Geschäftsordnung. Ich denke da steht auch nichts drinnen. Ich bin der Meinung, dass wir die Rechnung zurückweisen müssten, dass es angepasst wird und ein neuer Antrag mit angepassten Zahlen kommen müsste. Ich glaube nicht, dass wir einzelne Positionen buchhalterisch umbuchen können.

Ich muss mich aber schon auch noch dem Votum vom Riquet Heller anschliessen. Das sind Vorfinanzierungen die gemacht worden wären, egal wie die Abstimmung ausgegangen ist, die hätten wir so oder so. In diesem Fall, wenn es abgelehnt worden wäre, wäre kein Rappen und kein Franken in diese Bootshäfen investiert worden von den zukünftigen Mietern. Diese Kosten hätten wir so oder anders zahlen müssen.

Ich bin mir nicht so sicher wie meine Vorredner, dass in der Botschaft gestanden ist, dass wir das nicht bezahlen müssen. Der Bau muss nicht vom Stimmvolk bezahlt werden. Das ist jedoch nicht der Bau, das ist die Vorbereitung, die Planung. Vor allem die ganze Vorbereitung des Marketings, das muss ich wirklich sagen, würde ich mit Vorsicht geniessen und insbesondere bin ich der Meinung, der Antrag muss auf Rückweisung und nicht auf Änderung von irgendetwas lauten.

Stadtammann Martin Klöti: Ich möchte das etwas relativieren. Natürlich ist es richtig, dass Planungs- und Baukosten normalerweise zur Investition gehören. In diesem Falle aber war es nicht sicher, ob wir nur sanieren oder ob wir auch ausbauen können. Hätte das Volk den Kredit abgelehnt, hätten wir gezwungenermassen Sanierungen machen müssen im Betrage von 1,6 Mio. Fr. Das bedeutet, dass diese Planungskosten für beide Fälle angefallen wären. Natürlich sind in diesem Umfang von Fr. 197'000.— auch die Kosten für die Erweiterung.

Es war die Sanierung und die Erweiterung, man müsste differenzieren. Hätte das Volk zur Erweiterung nein gesagt, hätte man nur saniert. Dazu wären auch Planungskosten zur Sanierung angefallen. Mit anderen Worten kann man das nicht über einen Leisten schlagen. Ich würde davor warnen, nun diesen Betrag sozusagen anzutasten, dem Stadtrat das Zeichen zu geben. Wir haben es aufgenommen, dass wir, wenn wir können, den Teil der den Neubau betrifft, diese Planungskosten in der Gesamtabrechnung auch integrieren, damit eben fairerweise, das was wir vorausgesagt haben, dass wir nämlich keinen Steuerfranken für die Erweiterung des Hafens benutzen werden.

Eine Sanierung ist ebenfalls angestanden, diese hätte man machen müssen, es gab einen Kostenbetrag von 1,6 Mio. Fr. Eine Sanierung kann man auch nicht ausführen ohne Planung. Das heisst, man musste die ganze Geschichte ohnehin an die Hand nehmen. Sie haben im Jahr 2007 Fr. 50'000.— zugestimmt, dort haben wir bereits angefangen zu planen.

Es hat schon seine Berechtigung, dass hier Kosten sind, muss aber einschränkend sagen, es kann sein, dass es nicht die ganze Höhe ist, dass wir von der Höhe etwas dem Ausbau des Hafens zuschlagen müssten im Nachhinein. Ich werde das im Stadtrat so diskutieren. Von mir aus können sie also den Antrag Feuerle ablehnen, wir haben die Botschaft erhalten.

Konrad Brühwiler, SVP: Ich danke Martin Klöti und Reto Stäheli für die eigentlich durchaus plausible Erklärung. Sie veranlasst mich das Wespennest wirklich bestehen zu lassen. Es ist kein Wespennest, sondern ich glaube diesem Wort und deshalb bitte ich, den Antrag Feuerle abzulehnen und diese Fr. 197'000.— so in der Rechnung stehen zu lassen.

Präsident Bernhard Bertelmann: Ich möchte Folgendes vorschlagen. Nach meinen Recherchen, nach meinem Wissen können wir die Jahresrechnung annehmen oder ablehnen. Wenn wir mit dem Inhalt nicht einverstanden sind, dann müssen wir die Rechnung ablehnen. Ich bin der Meinung, wir können nicht einzelne Bestandteile der Jahresrechnung hier abändern.

Stadtammann Martin Klöti: Folglich müsste der Antrag Feuerle lauten: Ablehnung der Jahresrechnung, ganz einfach.

Präsident Bernhard Bertelmann: Würde ich auch so vorschlagen, dass Dieter Feuerle den Antrag so stellen müsste, dass der Jahresbericht abgelehnt werden müsste.

Riquet Heller, FDP: Ich finde es unverhältnismässig, wenn jetzt die Rechnung wegen einer solchen Kleinigkeit abgelehnt und an den Stadtrat zurückgewiesen würde, um es umzubuchen. Ich meine, wir sind keine Akklamationsbude sondern wir sind ein Parlament und können auch einzelne Stücke die klar beschränkt sind, abändern und korrigieren. Das können wir auch beim Budget, was wir auch laufend machen. Auch hier geht es nicht um eine eigentliche Rechenschaft, die abgelegt und dann zurückgewiesen wird. Es geht um eine Umbuchung eines konkreten Satzes. Deshalb meine ich, der ursprüngliche Antrag von Dieter Feuerle, es werde umgebucht von den rund Fr. 200'000.— auf die Einnahmen die bereits getätigt worden sind über die Einkäufe, könne abgestimmt werden. Ich bestehe aber darauf, dass abgelehnt wird aus den Gründen, die vom Stadtrat genannt wurden. Es waren Vorleistungen, die auch ausgegeben worden wären, wäre abgelehnt worden und der Antrag Dieter Feuerle ist auch unkonsequent, indem nur auf die Beträge die im Jahr 2008 ausgegeben worden sind, zurückgegriffen wird, aber nicht auf die Vorgängerjahre. Ich bitte sie darum, den Antrag wie er gestellt worden ist, materiell abzulehnen.

Dieter Feuerle, SP: Ich ziehe meinen Antrag, den ich gestellt habe zurück, jedoch werde ich einen Antrag stellen auf Ablehnung dieser Rechnung, damit der Stadtrat Zeit hat, diese von ihm genannte Differenzierung zu machen, was jetzt Sanierung und Erneuerung dieses Hafens ist, obwohl, meine Damen und Herren, in der Abstimmungsbotschaft steht drin: durch die Vorfinanzierung entstehen weder für die Sanierung noch für die Hafenerweiterung Steuergelder. Ich frage mich jetzt, was der Stadtrat machen will. Wir können ja heute nicht die Rechnung absegnen und im Nachhinein kommt er dann und sagt, ja von den Fr. 197'000.— da waren etwa Fr. 150'000.— für die Erneuerung des Hafens und der Rest war für die Sanierung oder für den Abbruch des alten Hafens, so geht das nicht. Konsequenterweise, wie der Stadtrat gesagt hat, müsste er selber seine Rechnung zurückziehen und dann diese Kostenrechnung machen und uns eine neue Rechnung präsentieren, so müsste es jetzt laufen. Insofern stelle ich den Antrag, diese Rechnung abzulehnen.

Präsident Bernhard Bertelmann: Dieter Feuerle, du hast den Antrag zurückgezogen. Du musst, wenn wir beim Antrag der Jahresrechnung sind, diesen Antrag nochmals stellen.

Stadtmann Martin Klöti: Der Stadtrat zieht die Rechnung so nicht zurück aus folgenden Gründen: Die Botschaft an der Urne lautete Sanierung und Erweiterung. Das heisst, durch diese Fremdfinanzierung wird uns die Sanierung geschenkt. Hätte man diese Botschaft an der Urne nicht angenommen, hätten wir die Pflicht, den Hafen zu sanieren mit Kosten von 1,6 Mio. Fr.. Mit anderen Worten, diese Planungskosten haben eine Berechtigung gehabt für das Gesamtprojekt. Ich habe ihnen schon gesagt, ich wiederhole mich, wir sind willens diese Rechnung aufzuteilen. Sie wissen, wenn man mit Ingenieuren schafft, dann meinen diese es ganz genau. Da werden wir diese Positionen schon auseinander nehmen, um ihnen dann zeigen zu können, was für die Sanierung notwendig gewesen ist, Abklärungen, Geologie und so weiter, und was für die Erweiterung. Da sind wir willens, das zu tun.

Stadträtin Veronika Merz: Die Logik wäre dann, wenn man einen Teil abtrennen kann, kann man auch entscheiden, das Ganze zum Projekt zu schlagen. Wir müssen diese Entscheidung im Stadtrat treffen, was alles im Objektkredit beinhaltet ist, alles umschliesst. Wir haben noch andere Fragen offen und ich denke, es ist nicht die Frage bei der jetzigen Rechnung 2008, sondern ist eine Frage der Abrechnung des Objektkredites letztlich. Ich würde vorschlagen, diese Diskussion dann zu führen und das dort nochmals ganz genau zu überprüfen.

Max Gimmel, FDP: Der Herr Stadtmann hat ausgeführt, dass 2007 Fr. 50'000.— ausgegeben wurden für den Hafen. Es hat sich niemand von der SP gemeldet bei der Abstimmung, dass die Aussage nicht stimmt und das kostenneutral sei. Die Fr. 50'000.— sind bereits gesprochen gewesen und da hätte man dann darauf hinweisen müssen. Ich denke, wir sollten das Spiel jetzt beenden. Es hat keinen Sinn, dass wir über Projektierung und Marketingmassnahmen so diskutieren, denn der Wortlaut und das was der Bevölkerung gesagt wurde, war eindeutig. Der Bevölkerung wurde gesagt, dass für die Investition Hafen keine Steuergelder eingesetzt werden. Man kann ein solches Projekt nicht ohne Franken publizieren, das ist klar und dafür braucht es auch etwas. Wir sind alle froh, dass dies jetzt endlich gebaut werden kann und wie ich schon in meiner Einführung gesagt habe, beim Eintreten, der Hafen ist das Einzige nebst den Parkplätzen, das rentiert.

Präsident Bernhard Bertelmann: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, schliesse ich die Diskussion ab.

Silke Sutter Heer, FGK: Noch einmal komme ich zu Strandbad Camping, das ist wahrscheinlich der Grund, warum wir bisher immer schön nach den Positionen gegangen sind, damit wir nicht hin und her springen. Ich hatte Zeit, mir noch einmal die ganze Sache und Erklärung zu überlegen. Ich möchte doch noch anmerken, wenn eine Position mit 1,17 Mio. Fr. in der Rechnung vermerkt ist, ist die Position verbucht und nachvollziehbar.

Es ist mit Sicherheit nicht so, das steht sogar im Kommentar, dass noch Fr. 150'000.— vom Kanton nachbezahlt werden, sondern es wurde mir klar die Erklärung abgegeben, Fr. 100'000.— wurden bereits bezahlt an Beiträgen vom Kanton. Die sind auch tatsächlich in der Rechnung drinnen, wo sie hingehören im 2008 und Fr. 58'000.— sind im 2009 gekommen und werden deshalb in der Rechnung 2009 stehen. Für mich persönlich ist es nicht ganz nachvollziehbar, wenn diese Rechnungen verbucht sind, weshalb diese Fr. 150'000.— nicht erklärbar sind. Selbst wenn ich diese Fr. 58'000.— noch abziehe, bleibt immer noch ein Betrag von Fr. 90'000.—, der erklärungsbedürftig ist. Ich muss offen sagen, wir haben diese Fragen schriftlich eingereicht. Das waren die Antworten und es sind inzwischen wieder zwei Wochen vergangen und ich habe keine plausible nachvollziehbare Antwort bisher bekommen.

Präsident Bernhard Bertelmann: Die Antwort wird mit der Bauabrechnung kommen.

Ressort Verkehr Seite 81 bis 84

keine Bemerkungen

Ressort Umwelt und Raumordnung Seite 84 bis 87

keine Bemerkungen

Damit haben wir die Investitionsrechnung abgeschlossen. Es bleibt uns noch die Bestandesrechnung 2008

Seite 88

Silke Sutter Heer FGK: Auch hier gibt es eine Reduktion zu vermerken. Um rund 2,4 Mio. Fr. hat sich das Fremdkapital auf 58'348'957 Mio. Fr. reduziert.

Präsident Bernhard Bertelmann:

Gibt es Wortmeldungen zu den Aktiven?

Keine Bemerkungen

Zu den Passiven?

Keine Bemerkungen

Gibt es noch Wortmeldungen zum Anhang?

Keine Bemerkungen

Bevor wir zu den Schlussabstimmungen kommen, möchte ich fragen, ob es Rückkommensanträge gibt?

Somit kommen zur Abstimmung die zwei verbleibenden Anträge des Stadtrates, welche von der FGK einstimmig unterstützt werden. Die Anträge lauten:

- Die Jahresrechnung 2008, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) sei zu genehmigen.
- Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung 2008 von Fr. 2'455'798.22 sei wie folgt zu verwenden:
 - a) Zusätzliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen in der Höhe von 1,5 Mio. Fr.
 - b) Übertrag des verbleibenden Ertragsüberschuss von Fr. 955'798.22 ins Eigenkapital.

Ich stelle diese beiden Anträge zur Diskussion.

Andreas Brüscheiler, SVP: Ich stelle dem Stadtrat eine kleine Frage zu einem grossen Betrag. Warum wird vom Ertragsüberschuss, von rund 2,5 Mio. Fr. nur 1,5 Mio. Fr. für die Abschreibungen verwendet und nicht mindestens 2 Mio. Fr. ? Ich denke, der verbleibende Ertragsüberschuss von rund Fr. 500'000.— ist dennoch genug Sackgeld im Vergleich zu den letzten Jahren. Falls die stadträtliche Begründung nicht überzeugt, werde ich einen Antrag auf Erhöhung der Abschreibungen auf 2 Mio. Fr. stellen.

Stadtrat Patrick Hug: Das möchte ich wie folgt beantworten. Wir haben ja den minimalen Abschreibungssatz von 8%. Wir wollen mit diesen 1,5 Mio. Fr. weitere zusätzliche Abschreibungen vornehmen. Damit werden die kommenden Rechnungen entlastet. Rechnet man beispielsweise mit dem tiefsten Abschreibungssatz von den erwähnten 8%, so wird der Minderaufwand in der laufenden Rechnung 2009 über Fr. 120'000.— betragen. Das Eigenkapital aber, das ist eigentlich das Sparschwein der Stadt. Das beträgt gegenwärtig rund 3,4 Mio. Fr. und soll um die verbleibenden Fr. 955'798.22 des Überschusses geäufnet werden. Das Eigenkapital würde dann 4,4 Mio. Fr. betragen, das ist rund zehn Prozent des Umsatzes. Wenn sie immer wieder, vor allem von der SVP, die ERFA-Gemeinden herbeiziehen, als Vergleich, das ist ja legitim und das nehme ich auch immer wieder als Massstab, dann kann ich ihnen versichern, dass wir hier mit den jetzigen Fr. 3,4 Mio. Eigenkapital in der unteren Liga spielen. Wenn sie nur Fr. 500'000.— aufstocken wollen, dann spielen wir in der unteren Liga vielleicht an der Spitze. Mit den 4,4 Mio. Fr. hätten wir tatsächlich ein Polster, um zusätzliche Defizite in den kommenden Jahren, ich würde sagen zwei, drei oder gar vier Defizite, könnten mit diesem erhöhten Eigenkapital abgedeckt werden. Ich bitte sie dringend, dem Antrag des Stadtrates und notabene der einstimmigen FGK Folge zu leisten.

Andreas Brüscheiler, SVP: Ich werde den Antrag stellen:

- 3a) Erhöhung der zusätzlichen Abschreibung auf dem Verwaltungsvermögen in der Höhe von 2 Mio. Fr.
- 3b) Übertrag des verbleibenden Ertragsüberschusses von Fr. 455'798.22 ins Eigenkapital.

Präsident Bernhard Bertelmann: Ich sehe, dass wir über die beiden Anträge des Stadtrates zwei und drei getrennt abstimmen müssen. Wir werden zuerst über den Antrag zwei des Stadtrates abstimmen müssen, über die Genehmigung der Jahresrechnung. Wir haben hier noch einen Antrag von Dieter Feuerle.

Dieter Feuerle, SP: Ich beantrage, die Jahresrechnung 2008 bestehend aus der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) abzulehnen. Den Grund kennen sie bereits. Bei der Rechnung 2007 wurden ebenfalls schon Fr. 50'000.— für die Sanierung und Erweiterung des Hafens eingesetzt. Das habe ich noch zähneknirschend hingenommen, jedoch wenn die Rechnung heute so durchgeht, dann sind wir, meine Damen und Herren, bereits bei einer ¼ Mio. Fr. Wer weiss, was dann in der nächsten Rechnung noch alles so in die Hafenrechnung reingemogelt wird, bzw. in die Rechnung aus der Stadtkasse. Darum bitte ich sie, die Rechnung abzulehnen, dem Stadtrat Zeit zu geben, um die Rechnung neu zu erstellen.

Erica Willi-Castelberg, SP: Ich möchte doch zu dieser Diskussion noch Stellung nehmen. Ich habe ja eingangs gesagt, dass wir die Anträge des Stadtrates befürworten, das haben wir in der Fraktion eigentlich auch so diskutiert und insofern die anderen Sachen gut gefunden. Weil diese Frage offen war, haben Dieter Feuerle und ich diese Einfache Anfrage eingereicht und da steht genau diese Frage auch drin.

Ich bin jetzt sehr konsterniert über die Antwort, weil ich doch damit gerechnet habe, dass der Stadtrat die Grösse hat, zu sagen, selbstverständlich ziehen wir die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht über den Tisch. Selbstverständlich sind diese Kosten mit eingerechnet und dieses Argument von der Sanierung, die Kosten die sowieso angefallen wären, stimmen insofern nicht, als wenn nur die Sanierung geplant gewesen wäre und nicht die Erweiterung, diese Kosten auch viel kleiner gewesen wären. Das kann man so nicht aufrechnen, aber das sind Spitzfindigkeiten, darüber kann man streiten. Tatsache ist, dass die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen wirklich davon ausgegangen sind und diesen Wortlaut auch so genommen haben, diese Hafenerweiterung wird uns nichts kosten, das ist kostenneutral. Ich werde sicher nicht die Einzige sein, die sich jetzt wirklich über den Tisch gezogen fühlt. Ich werde deshalb diese Rechnung nicht annehmen.

Präsident Bernhard Bertelmann: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bringe den Antrag von Dieter Feuerle zur Abstimmung: Die Jahresrechnung 2008, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung, sei abzulehnen.

://: **Der Antrag von Dieter Feuerle wird mit zu 20 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.**

://: **Damit ist der Antrag des Stadtrates angenommen.**

Wir kommen zu Antrag drei des Stadtrates: Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung, die Verwendung des Ertragsüberschusses. Wir haben auch hier einen Antrag von Andreas Brüscheiler, den ich auch dem Antrag des Stadtrates gegenüber stellen möchte. Der Antrag von Andreas Brüscheiler möchte, dass a) 2 Mio. Fr. für die Abschreibung verwendet wird und b) der Übertrag des verbleibenden Ertragsüberschusses von Fr. 455'798.22 ins Eigenkapital geführt werden soll.

Riquet Heller, FDP: Ich schlage ihnen vor, dass sie über den Antrag des Stadtrates abstimmen lassen. Obsiegt er, ist der Antrag von Andreas Brüscheiler vom Tisch. Das war mit dem Antrag von Dieter Feuerle genauso, hätten sie die Rechnung genehmigt, wäre der Antrag vom Tisch gewesen. Ich bitte sie, so vorzugehen.

Präsident Bernhard Bertelmann: Ich entnehme dem breitem Kopfschütteln, dass deinem Antrag nicht stattgegeben wird. Ich bleibe bei meiner Version. Möchtest du, dass wir darüber abstimmen wie wir vorgehen sollen?

Riquet Heller, FDP: Nein

Präsident Bernhard Bertelmann: Dann stelle ich den Antrag Andreas Brüscheiler dem Antrag des Stadtrates gegenüber.

://: **Der Antrag des Stadtrates obsiegt mit 22 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung**

Somit ist der Antrag des Stadtrates angenommen.

Gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum bzw. dem Behördenreferendum. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage vom Tage der Bekanntmachung der Beschlüsse an gerechnet. Wird das Referendum nicht ergriffen, sind die Beschlüsse rechtsgültig. Ich frage sie an, ob jemand das Behördenreferendum ergreifen möchte?

Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

Ich bedanke mich bei der FGK Präsidentin Silke Sutter Heer und bei allen übrigen FGK-Mitgliedern für die gute Arbeit

3. Botschaft AltstadtWerkstatt Kappeli: Sanierung, Restaurierung und Umnutzung der Kapelle St. Johannes, Arbon, (Kappeli) in der Höhe von 3,14 Millionen Franken - Bildung einer 5er Kommission

Präsident Bernhard Bertelmann: Das Büro beantragt dem Parlament die Bildung einer 5er Kommission.

Für die Bildung der Kommission haben die Fraktionspräsidien bereits vorab folgende Vorschläge eingereicht:

- Mitglieder der Kommission sind:
Andreas Brüscheiler, SVP
Konradin Fischer, FDP/DKL
Alexandra Keel, CVP/EVP
Silke Sutter Heer, FDP/DKL
Fabio Telatin, SP und Gewerkschaften

Für das Präsidium stellt sich **Konradin Fischer, FDP** zur Verfügung.

Gemäss Art. 57 Abs. 3, werden Mitglieder und Präsidium von parlamentarischen Kommissionen offen gewählt, sofern nicht ein Parlamentsmitglied geheime Wahl verlangt. Sie können gesamthaft gewählt werden. Ich schlage ihnen vor, dass wir die Kommission inkl. Präsidium gemeinsam wählen.

://: **Die Wahl ist grossmehrheitlich angenommen worden.**

Präsident Bernhard Bertelmann: Besten Dank an die Kommissionsmitglieder. Ich wünsche der Kommission erfolgreiche Kommissionsberatungen und danke Konradin Fischer, dass er sich für das Präsidium zur Verfügung gestellt hat.

4. Botschaft Königareal – Ergänzung Baureglement und Zonenplanänderung

– Teilrevision Baureglement – Redaktionslesung, Schlussbestimmung

– *Schlussabstimmung Botschaft*

Präsident Bernhard Bertelmann: Im Zusammenhang mit der Botschaft Königareal steht die Teilrevision Baureglement, Redaktionslesung an. Sie haben den Bericht der Redaktionskommission erhalten. Ich erinnere sie daran, dass in der Redaktionslesung keine materiellen Änderungen mehr möglich sind.

Für einleitende Bemerkungen zu den redaktionellen Änderungen hat das Wort der Kommissionspräsident Riquet Heller.

Riquet Heller, FDP: In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit fasse ich mich kurz und stelle fest, dass alle den Bericht gelesen haben und wahrscheinlich anfänglich wie wir alle in der Kommission auch dachten, das sei ein kleiner Fisch, so war es gleichwohl ein rechter Karpfen. Ziehen wir ihn an Land, ich bitte sie um Eintreten.

Präsident Bernhard Bertelmann: Ich schlage ihnen vor, dass wir in der Logik des Vorgehens uns an die Anträge der Redaktionskommission halten und diese einzeln durchberaten.

Riquet Heller, FDP: Materiell: Die Redaktionskommission stellt dem Parlament **folgende Anträge:**

Zu Ziffer 1 Art. 4 Abs. 1 sowie Art. 9^{bis} Abs. 1 1. Satz

Statt „Dichte“ neu „**Baudichte**“ in - **Inhaltsverzeichnis**

- **Randtitel Art. 9^{bis}**

- **Text Art. 9^{bis} Abs. 1.**

Präsident Bernhard Bertelmann: Ich schlage vor, dass wenn keine Bemerkungen erfolgen, dass wir dann davon ausgehen, dass die Vorschläge der Redaktionskommissionen genehmigt sind.

Riquet Heller, FDP: Ich bedanke mich im Auftrag der Kommission, dass sie soviel Vertrauen haben, dass eine Abstimmung nicht mehr nötig ist zu den einleuchtenden Anträgen ihrer Redaktionskommission.

Zu Ziffer 2: Hier wurde vergessen, im Art. 4 Abs. 1 überhaupt die neue „**Zentrumszone Baudichte**“ einzufügen.

Zu Ziffer 3 Art. 9^{bis} Abs. 1 2. Satz:

statt reine „Wohnüberbauung“ sind nicht gestattet, neu reine „**Wohnnutzung**“ ist nicht gestattet.

Zu Ziffer 4 Art. 9^{bis} Abs. 2 1. Satz:

statt „hochwertige architektonische Ausgestaltung“ neu „hochwertige **Architektur**“

Zu Ziffer 5 Art. 9^{bis} Abs 2 3. Satz: Struktur dieses Satzes ist vereinfacht:

a) „Sofern der Bereich durch Nutzung genutzt wird, darf genutzt werden“

Verbesserungsantrag: „...wird der Bereich belegt, darf genutzt werden.“

b) Parallelbegriff zu „Verkaufsgeschäfte“ ist nicht „Dienstleistungen, sondern „Dienstleistungsbetriebe“.

In Berücksichtigung der beiden Verbesserungsvorschläge lautet der Satz:

Ist der Sockelbereich mehrheitlich öffentlich zugänglich und wird er mehrheitlich von Verkaufsgeschäften und Dienstleistungsbetrieben und dergleichen, Urbanität fördernd, belegt, darf das Planungsgebiet über der Gebäudehöhe von maximal 6.00 m voll genutzt werden.

Zu Ziffer 6 Art. 9^{bis} Abs. 2 letzter Satz und Abs. 3:

Art. 9^{bis} Abs. 3 ist keine generelle Ausnahme zur Gebäudehöhen - Limite gemäss Art. 28, sondern bezieht sich einzig auf die Art. 9^{bis} Abs. 2 letzter Satz, nämlich auf punktuelle Bauten, die eine Gesamtgebäudehöhe bis maximal 25.00 m aufweisen können. Anders urteilen hiesse, dass Art. 9^{bis} Abs. 2 letzter Satz sinnlos ist, weil dann unter Einhaltung eines gemäss Art 9^{bis} Abs. 3 erhöhten Grenzabstandes generell höher als 15.00 m gebaut werden dürfte, nämlich nicht nur betreffend punktuelle Bauten und nicht bloss bis zu einer Bauhöhe von 25.00m. Es ist darum ein Zusammenhang zwischen Art. 9^{bis} Abs 2 letzter Satz und Art. 9^{bis} Abs. 3 herzustellen. Das heisst: **Art. 9^{bis} Abs 2 letzter Satz darf nicht von Abs. 3 getrennt werden = kein Absatz.**

Darum folgender Antrag betreffend Neuformulierung Abs. 3:

³Über dem Sockelbereich sind punktuell höhere Bauten bis zu einer Gesamtgebäudehöhe von maximal 25.00 m zulässig. Ab einer Gesamtgebäudehöhe von 15.00 m erhöht sich der Grenzabstand um einen Fünftel der Mehrhöhe.

Präsident Bernhard Bertelmann: Wenn sie denken, dass dies nun etwas sehr schnell gegangen ist, kann ich sie beruhigen. Wir haben unter Ziffer.7. mit allen Änderungen zusammengeführt und wir können diesen Artikel wie mit den neuen Änderungen gegenüberstellen einem Eventual-Antrag der Redaktionskommission, der gemäss Aussage der Redaktionskommission besser lesbar und logischer aufgeführt ist.

A. Hauptantrag:

Die Anträge vorstehend Ziff. 1 und 3 – 6 zusammengefasst, ergeben für Art. 9^{bis} folgende Neuformulierung:

Art. 9^{bis}

¹ Die Zentrumszone hoher Baudichte umfasst Gebiete, die sich von ihrer Lage her für eine städtebauliche Akzentuierung und die publikumsintensive Nutzung eignen sowie eine hohe Baudichte zulassen. Reine Wohnnutzung ist nicht gestattet. Über diese Gebiete gilt die Gestaltungsplanpflicht.

Zentrumszone hoher
Baudichte

² Neubauten müssen eine hochwertige Architektur aufweisen und die städtebauliche Situation positiv beeinflussen. Die Projektentwicklung hat über Konkurrenzverfahren in Zusammenarbeit mit der Stadt zu erfolgen. Ist der Sockelbereich mehrheitlich öffentlich zugänglich und wird er mehrheitlich von Verkaufsgeschäften und Dienstleistungsbetrieben und dergleichen, Urbanität fördernd, belegt, darf das Planungsgebiet über der Gebäudehöhe von maximal 6.00 m voll genutzt werden.

³ Über dem Sockelbereich sind punktuell höhere Bauten bis zu einer Gesamtgebäudehöhe von maximal 25.00 m zulässig. Ab einer Gesamtgebäudehöhe von 15.00 m erhöht sich der Grenzabstand um einen Fünftel der Mehrhöhe.

„B. Eventual-Antrag“.
Art. 9^{bis}

¹Die *Zentrumszone hoher Baudichte* umfasst Gebiete, die sich von ihrer Lage her für eine städtebauliche Akzentuierung und die publikumsintensive Nutzung eignen sowie eine hohe Baudichte zulassen. Reine Wohnnutzung ist nicht gestattet. (= *Gedanke Ziff. 1*)

Zentrumszone hoher
Baudichte

²Zentrumszonen hoher Baudichte unterstehen der *Gestaltungsplanpflicht*. (= *Gedanke Ziff. 2*)

³Ist der *Sockelbereich* mehrheitlich öffentlich zugänglich und wird er mehrheitlich von Verkaufsgeschäften und Dienstleistungsbetrieben und dergleichen, Urbanität fördernd, belegt, darf das Planungsgebiet über der Gebäudehöhe von maximal 6.00 m voll genutzt werden. (= *Gedanke Ziff. 3*)

⁴Über dem Sockelbereich sind *punktuell höhere Bauten* bis zu einer Gesamtgebäudehöhe von 25.00 m zulässig. Ab einer Gesamtgebäudehöhe von 15.00 m erhöht sich der Grenzabstand um einen Fünftel der Mehrhöhe. (= *Gedanke Ziff. 4*)

⁵*Neubauten* müssen eine hochwertige Architektur aufweisen und die städtebauliche Situation positiv beeinflussen. Die Projektentwicklung hat über Konkurrenzverfahren in Zusammenarbeit mit der Stadt zu erfolgen. (= *Gedanke Ziff. 5*)

Wir haben diese beiden Versionen: Seite 3 unten die bis jetzt bewilligten Änderungen und wir haben auf Seite vier die verbesserte Version der Redaktionskommission. Ich möchte diese beiden Versionen gegenüberstellen, möchte aber hier auch noch die Diskussion eröffnen.

://: Der Eventual-Antrag der Redaktionskommission B Seite 4 wurde mit 26 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Riquet Heller, FDP: Zu Ziffer 8 und der neue Antrag, dass ein neuer Titel erforderlich ist für dieses Reglement:

a) Titel des Reglementes:

Baureglement der Stadt Arbon vom 13. Juni 1999, **ergänzt am 23. Juni 2009.**

b) Ingress:

Dass das Baureglement der Stadt Arbon vom 13. Juni 1999 wie folgt ergänzt würde:

c) Art. 60 ist mit folgendem Abs. 2 zu ergänzen:

¹Dieses Baureglement tritt mit der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

²**Die Ergänzungen vom 23. Juni 2009 treten mit der Genehmigung durch das Departement für Bau und Umwelt in Kraft.**

d) Schluss-Formeln: Dass wir heute darüber abgestimmt haben und das Ganze unterzeichnet wurde von ihnen, Herr Präsident und ihrer Sekretärin, dass es noch von den Stimmberechtigten durch eine Urnenabstimmung genehmigt worden ist. Das ist gemäss unserer Gemeindeordnung erforderlich und Bezug nehmend auf Art. 60 Abs. 2, dass das Departement für Bau und Umwelt unser neues Reglement ebenfalls genehmigt hat.

Ich bitte sie, ebenfalls die Anträge unter Ziffer 8 zu genehmigen.

Präsident Bernhard Bertelmann: Wir haben die Redaktionslesung abgeschlossen und kommen zur Abstimmung mit den beschlossenen Schlussabstimmungen.

://: Die Änderung des Baureglements wurde einstimmig angenommen.

Die Teilrevision wird nun gemäss Art. 7 Abs. 2 der Gemeindeordnung den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet.

Ich danke dem Kommissionspräsidenten Riquet Heller und den Mitgliedern der Redaktionskommission für die sehr gute Arbeit.

Wir haben jetzt über die Teilrevision Baureglement abgestimmt, aber noch nicht über die Anträge des Stadtrates in der Botschaft Königareal, auf den Seiten 5 und 6.

Diese heissen:

1. Der Stadtrat beantragt, der Ergänzung des kommunalen Baureglements mit der Zentrumszone hoher Baudichte Z-h zuzustimmen.
2. Der Stadtrat beantragt, der Umzonung des Königareals (Parzelle Nr. 1676, 3135, 4211) von der Zentrumszone Z zur Zentrumszone hoher Baudichte Z-h zuzustimmen.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich noch fragen, ob es Wortmeldungen zur Botschaft gibt? Es ist klar, dass diese Anträge nur wirksam sein können, wenn die Stimmbürger diese dann an der Urnenabstimmung auch bewilligen. Wir müssen das vorbehältlich zur Kenntnis nehmen.

://: Den Anträgen der Botschaft Königareal des Stadtrates wurde einstimmig zugestimmt.

5. Geschäftsreglement für das Arboner Stadtparlament, Ergänzung Art. 41, Abs. 4
– Eintreten, 2. Lesung

Präsident Bernhard Bertelmann: Es steht im Besonderen die Beratung des Art. 42 Abs. 4 an. Gemäss Art. 40 Abs. 2 des Geschäftsreglements müssen Geschäfte ohne Antrag des Stadtrates vor der Beschlussfassung dem Stadtrat zur Stellungnahme unterbreitet werden. Ich stelle daher die Frage an den Stadtrat, ob er noch Bemerkungen zu diesem Geschäft hat?

Stadtmann Martin Klöti:

keine Bemerkungen

Präsident Bernhard Bertelmann: Damit beginnen wir mit der 2. Lesung. Ich stelle somit Art. 41 Abs. 4 zur Diskussion.

Andrea Vonlanthen, SVP: Wir haben ja an verschiedentlichen Redaktionslesungen uns fast die Zähne ausgebissen und von daher ist dieser Artikel doch nicht ganz unbedeutend. Wir haben auch festgestellt, auch nach der 1. Lesung, dass mit der jetzt beschlossenen Formulierung niemand zu hundert Prozent glücklich ist. Wir haben ja beschlossen, dass kurze Vorlagen unter Umständen keine separate Redaktionslesung benötigen. Ich möchte ihnen einen neuen, ich denke klügeren, Antrag stellen:

Erster Satz von Art. 41 Abs. 4 bleibt gleich. Nach der 2. Lesung findet an einer folgenden Sitzung die Redaktionslesung statt. Bei Vorlagen mit „geringfügigen Änderungen“, also statt bei kurzen Vorlagen der neue Antrag: Bei Vorlagen mit „geringfügigen Änderungen“ kann am Schluss der Lesung usw.....

Der Antrag unterscheidet sich in zwei Punkten vom Antrag der 1. Lesung:

1. Mit den kurzen Vorlagen sind alle Vorlagen gemeint, nämlich neue und auch Vorlagen, die nur eine Revision benötigen.
2. Das Kriterium kurze ist nun wirklich eine reine quantitative Grösse. Während dem geringfügig inhaltliche, also auch qualitative Aspekte meint.

Aus zwei Gründen möchte ich sie darum bitten, den neuen Antrag anzunehmen.

- 1. Wir sollten neue Vorlagen nicht gleich behandeln wie kleine Revisionen. Neue Vorlagen sollten grundsätzlich mit separater Redaktionslesung behandelt werden. Wir haben schon oft erlebt, dass es in der 2. Lesung bei neuen Vorlagen noch grosse Diskussionen und Änderungen gibt, die dann unter Umständen eine separate Redaktionslesung verlangen.
- 2. Das „kurz“ nach 1. Lesung nimmt keine Rücksicht auf Inhalt und Stellenwert einer Vorlage und ist sehr schwer zu erklären. Was ist denn kurz? Sind zwei, fünf oder zehn Artikel eine kurze Vorlage oder ist der relative Unterschied gemeint? Ein Einbürgerungsreglement ist im Vergleich zum Personalreglement viel kürzer. Ist ein kurzes Reglement, wie das Einbürgerungsreglement, in Zukunft ausgenommen von einer separaten Redaktionslesung? Ich erkläre es ihnen an einem Beispiel auch. Präambel der Bundesverfassung: Ein sehr bedeutungsvoller Abschnitt, aber ein sehr kurzer. Also bräuchte dieser Abschnitt in Zukunft auf eidgenössischer Ebene keine Redaktionslesung mehr. Ich nehme ein Beispiel, das den Präsidenten der Redaktionskommission näher liegen dürfte. Ein kurzes Verbrechen kann sehr schwer sein. Der Zürcher Postraub dauerte nur vier Minuten und schon waren 50 oder 60 Millionen weg. Auf der anderen Seite, wer immer wieder mit neunundfünfzig durch die Stadt fährt, begeht ein langes aber geringfügiges Vergehen. Was meinen wir denn jetzt: kurze oder geringfügige Vorlagen? Lassen sie mich noch ein Beispiel aus dem Sport geben. Wir haben ja einige Sportler unter uns. Ein Boxkampf von einer Minute kann sehr schwere körperliche Schäden verursachen. Ein harmloser Kampf über 15 Runden kann nur geringfügige Schäden auslösen. Geringfügig ist hier die richtige Formulierung, denn sie meint eine materiell sinnvolle, politisch völlig unbestrittene und redaktionell unproblematische Vorlage. Solche Vorlagen sollen in Zukunft keine separate Redaktionslesung benötigen. Darum geht es: „Kurz“ wie in der 1. Lesung beschlossen, ist etwas anderes, in diesem Sinn nicht zweckmässig. Ich bitte sie, dem neuen Antrag zuzustimmen, bei Vorlagen mit geringfügigen Änderungen kann am Schluss der 1. Lesung beschlossen werden, usw.

Präsident Bernhard Bertelmann: Die 2. Variante haben wir auf Papier bekommen. An Stelle bei kurzen Vorlagen steht dann:

Art. 41 ⁴ Nach der 2. Lesung findet an einer folgenden Sitzung die Redaktionslesung statt. Bei Vorlagen mit geringfügigen Änderungen....“

Riquet Heller, FDP: Ich bitte sie, den Antrag abzulehnen und keine Unterscheidung zu machen zwischen Revisionen und Neureglementen. Es kann durchaus sein, dass eine Revision sehr schwerwiegend ist und ein neues Gesetz, ein neues Reglement etwas Banales reglementiert, was schon Praxis war. Demzufolge keine Unterscheidung zwischen neu und alt. Ebenso bitte ich sie, vom geringfügig als Kriterium im 2. Satz des Art. 41 Abs. 4 abzusehen.

Schon das Wort geringfügig ist mir höchst in Verdacht als Präsident der Redaktionskommission, denn es ist eine Wertung. Es geht um den Inhalt, es geht um den Stellenwert, um eine politische Wertung einer Gesetzgebung und gerade das, das ist der Redaktionskommission verboten. Sie darf materiell keine Wertung einbringen. Demzufolge ist das Kriterium der Geringfügigkeit schon zum vornherein ein falsches Kriterium. Es geht nur darum, ob es eine kurze Sache sei, die in dem geringfügigen grammatikalisch redaktionellen Bereich ist, aber nicht im geringfügigen Sinne betreffend Inhalt und Stellenwert.

Ich nenne ihnen diesbezüglich ein gutes Beispiel, wo etwas gar nicht geringfügig ist, dafür redaktionell keine Probleme bereitet. Das ist beispielsweise ein Artikel: In dieser Zone können Hochhäuser gebaut werden. Die Revision lautet: In dieser Zone können keine Hochhäuser gebaut werden. Das ist doch eine schwerwiegende materielle Abänderung eines Reglements, aber für die Redaktionskommission absolut kein Problem. Demzufolge bitte ich sie, beim Kriterium „kurz“ zu bleiben, nicht das qualitative Element der Geringfügigkeit einzuführen. Ich bitte sie, demzufolge den Antrag abzuweisen.

Präsident Bernhard Bertelmann: Wir haben die Diskussion schon in der 1. Lesung analog diskutiert. Wir haben noch zwei Wortmeldungen.

Dieter Feuerle SP: Ich stelle einen neuen Antrag und schlage eine Kombination der beiden Varianten vor. Dann würde es heissen, bei kurzen Vorlagen mit geringfügigen Änderungen kann am Schluss beschlossen werden, dass die Redaktionslesung ausnahmsweise anschliessend an die 2. Lesung durchgeführt wird. Dann haben wir eigentlich eine Doppelsicherung. Es muss eine geringfügige Änderung sein, da gebe ich Riquet Heller Recht, das ist im gewissen Sinne eine Wertung. Jedoch kurz ist auch eine Wertung, was ist lang und was ist kurz? Wenn man eine kurze und geringfügige Änderung hat, hat man irgendwie eine Doppelsicherung. Es geht ja darum, dass es keinen Schnellschuss gibt und man auf die Redaktionslesung verzichten kann.

Andrea Vonlanthen, SVP: Geringfügig ist eine Wertung, das stimmt, Riquet Heller. Diese Wertung nimmt ja nicht die Redaktionskommission vor, sondern das Parlament. Das Parlament soll entscheiden, ob es eine geringfügige Sache ist oder eben nicht. Das ist keine Sache der Redaktionskommission und ein schwerwiegendes Beispiel ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir dem geringfügig zustimmen müssen, denn ein schwerwiegendes Beispiel, wie du es genannt hast, wird oftmals in der 2. Lesung nochmals Änderungen erfahren und wir möchten schon am Schluss der 1. Lesung bestimmen, ob eine Redaktionslesung stattfinden soll oder nicht. Die schwerwiegenden Beispiele, die in der 2. Lesung noch Änderungen versprechen oder garantieren, die sind ohnehin nicht geeignet um deinen Vorschlag zu untermauern. Ich finde dein Votum eher geringfügig und bitte darum, meinem Antrag zuzustimmen.

Präsident Bernhard Bertelmann: Wir haben damit drei gleichrangige Anträge. Liegen mehrere gleichrangige Anträge vor, fällt derjenige weg, der am wenigsten Stimmen erhalten hat. Über die verbleibenden Anträge wird nach dem gleichen Verfahren abgestimmt. So lautet der Art. 52 Abs. 3. Ich werde dann die drei Anträge, zur Abstimmung bringen.

Entschuldigung, wir haben die Version nach der 1. Lesung und wir haben den Antrag von Dieter Feuerle, SP, und den Antrag von Andrea Vonlanthen, SVP

Ich werde die drei Versionen in folgender Reihenfolge vorbringen:

Wir haben die 1. Version nach der 1. Lesung:

- Bei „kurzen“ Vorlagen kann am Schluss der 1. Lesung beschlossen werden, usw.....

Wir haben dann die 2. Version, den Antrag von Andrea Vonlanthen, SVP:

- Bei Vorlagen mit „geringfügigen Änderungen“ usw.....

Wir haben die 3. Version, den Antrag von Dieter Feuerle, SP:

- Bei „kurzen Vorlagen mit geringfügigen Änderungen“ usw.....

Max Gimmel, FDP: Ich möchte auf einen Umstand aufmerksam machen, der dann sehr wahrscheinlich am Endergebnis nicht viel ändern wird. Korrekt wäre, wenn wir die beiden Unteranträge gegeneinander abstimmen, also Antrag Vonlanthen gegen Antrag Feuerle, und dann der Sieger der Beiden gegen den Antrag der 1. Lesung, da dieser auch der Hauptantrag ist.

Präsident Bernhard Bertelmann: Da wir sowieso noch einmal auszählen müssen, werden wir es so machen: Ich stelle den Antrag Vonlanthen dem Antrag Feuerle, als Unterantrag gegenüber

://: Der Antrag von Dieter Feuerle, SP obsiegt mit 10 zu 8 Stimmen bei 9 Enthaltungen

Somit stelle ich den Antrag Dieter Feuerle, SP der Version der 1. Lesung gegenüber

://: Der Antrag von Dieter Feuerle, SP wird mit 14 zu 13 Stimmen angenommen.

Riquet Heller, FDP: Im nachfolgenden Antrag, wie er ihnen auf Folien vorgelegt wird, geht es mir darum, „Ausnahmsweise“ zu eliminieren, weil das wiederum ein offener Rechtsbegriff ist und dafür zu konkretisieren, dass damit die zeitliche Dringlichkeit gemeint ist. Einziger Fall einer Ausnahme, den ich mir vorstellen kann, weshalb die Redaktionslesung an die 2. Lesung angeklebt wird, ist derjenige, dass wir Eile haben. Haben wir keine Eile, so werden wir auch in Zukunft keine Ausnahmen machen, sondern drei Lesungen durchführen. Haben wir es aber eilig, dann soll ausnahmsweise die Redaktionslesung an die 2. Lesung angefügt werden. Deshalb streichen sie das „Ausnahmsweise“ und führen sie dafür oben, nach den Kriterien von Dieter Feuerle, SP, die wir soeben erwähnt haben an; „und zeitlich dringlichen Vorlagen“. Dann haben sie das, was wir gemeint haben, nämlich, dass wir uns eine Lesung sparen, dann wenn es Zeit zu sparen gilt. Andere Ausnahmen sind mir keine geläufig. Ich bitte sie, um Genehmigung dieses Antrages.

Präsident Bernhard Bertelmann: Du stellst mich vor eine schwierige Aufgabe. Du beziehst dich wieder auf den unterlegenen Antrag. Wie möchtest du das gerne ergänzen?

Riquet Heller, FDP: Selbstverständlich habe ich mich der Abstimmung zu beugen, wo Dieter Feuerle obsiegt hat. Ergänzt soll werden; bei „kurzen und geringfügigen sowie zeitlich dringlichen“ Vorlagen kann usw..... Ich habe die Folien zu entwerfen gehabt, bevor ich gewusst habe, was unser Rat alles beschliessen wird.

Präsident Bernhard Bertelmann: Jetzt heisst es korrekt: Bei „kurzen, zeitlich dringlichen Vorlagen mit geringfügigen Änderungen“ usw....Ich stelle diese Version zur Abstimmung

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich möchte sie bitten, diesen Antrag abzulehnen, denn jetzt hätten wir drei Kriterien die die Vorlage erfüllen muss. Sie muss kurz sein, sie muss dringlich und sie muss geringfügig sein. Ich habe in meiner Parlamentslaufbahn wirklich noch keine Vorlage erlebt die alle diese drei Kriterien erfüllt hätte. Wenn wir das beschliessen, können wir am Schluss mit gutem Gewissen nein stimmen und alles lassen wie wir es hatten.

Riquet Heller, FDP: Der Antrag möchte meinen Antrag lächerlich machen, weil ein weiteres Kriterium eingeführt wird. Er übersieht aber, dass ich ein Kriterium streiche, nämlich das Ausnahmsweise. Demzufolge ist es so, dass mit dem Antrag von Dieter Feuerle effektiv die Redaktionskommission immer zu tagen hat. Es ist eine Ausnahme zu machen. Es hat eine Geringfügigkeit inhaltlich vorliegend zu sein und es hat erst noch kurz zu sein. Ich nehme an, das ist eine Totgeburt auf Grund der Annahme des Antrages von Dieter Feuerle, SP und demzufolge möchte ich noch eine kleine Korrektur anbringen, dass wenigstens das „Ausnahmsweise“ gestrichen wird und gesagt ist, die zeitliche Dringlichkeit. Ich bitte sie, meinem Antrag zuzustimmen.

://: **Der Antrag von Riquet Heller, FDP ist mit 15 zu 6 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.**

Präsident Bernhard Bertelmann: Gibt es Anträge, Bemerkungen zum Titelblatt oder Inhaltsverzeichnis?

Das Reglement ist in 2. Lesung zu Ende beraten. Gibt es Rückkommensanträge?

Das Reglement geht nun zur weiteren Bearbeitung in die Redaktionskommission. Die Redaktionslesung mit Schlussabstimmung findet voraussichtlich an der nächsten Parlamentssitzung am 8 September 2009 statt.

6. Interpellation Remo Bass, CVP betreffend „Bau einer neuen Druckleitung für gereinigtes Abwasser von St. Gallen in den Bodensee.“

Erica Willi-Castelberg, SP: Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen. Weil Remo Bass, CVP nicht hier und es schon so spät ist, wir ja noch die Fragerunde vor uns haben und die Ausführungen von Herr Stadtmann Klöti, Informationen aus dem Stadtrat, möchte ich den Ordnungsantrag stellen, diese Interpellation an der nächsten Sitzung zu behandeln.

Rita Anderes, CVP/EVP: Ich werde Remo Bass vertreten und möchte die Diskussion oder dieses Traktandum noch kurz behandeln.

://: **Der Ordnungsantrag von Erica Willi-Castelberg, SP wird mit 14 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.**(1 Parlamentsmitglied war zum Zeitpunkt der Abstimmung kurzzeitig nicht im Saal anwesend.)

Präsident Bernhard Bertelmann: Somit werden wir das Traktandum auf die nächste Parlamentssitzung verschieben.

7. Fragerunde

Präsident Bernhard Bertelmann: Es liegen drei vorzeitig eingereichte Fragen vor. Die 1. Frage zum Thema Jugendliche im öffentlichen Raum stammt von Ueli Troxler, SP. Die 2. Frage zum Thema Stadtfest Arbon von Konrad Brühwiler, SVP. Die 3. Frage zum Thema Seeparksaal von Fabio Telatin, SP und Gewerkschaften.

Ueli Troxler, SP: Jugendliche im öffentlichen Raum. In den letzten Wochen wurde der Ordnungsdienst verstärkt. Ansammlungen von Jugendlichen werden systematisch aufgelöst. Offenbar werden Jugendliche als störend wahrgenommen. Es fragt sich daher, wo im öffentlichen Raum dürfen sich Jugendliche noch aufhalten und spontan treffen? Welche Orte kann der Stadtrat als Treffpunkte im öffentlichen Raum empfehlen?

Stadträtin Veronika Merz: Ich möchte im Namen des Stadtrates die Fragen beantworten – allerdings ist dies bei den pauschalen Aussagen, die den beiden Fragen zu Grund liegen, nicht ganz einfach.

Öffentlicher Raum ist überall, wo Gelände nicht Privaten gehört, sondern der öffentlichen Hand. Öffentlicher Raum steht grundsätzlich allen zur Verfügung. Allerdings mit bestimmten Regeln. Beispielsweise die Einhaltung der Nachtruhe oder des Strassenverkehrsgesetzes oder der Hundeleinepflicht, um nur drei Regelbereiche zu nennen.

Die eingesetzte Sicherheitspatrouille hat den Auftrag, diesen Regeln im öffentlichen Raum Nachdruck zu verschaffen. Sie hat nicht den Auftrag, Jugendliche zu vertreiben und uns ist nicht bekannt und aus den uns regelmässig vorgelegten detaillierten Rapporten auch nicht herauszulesen, dass Ansammlungen von Jugendlichen systematisch aufgelöst werden, wie das der Fragestellende als Tatsache unterstellt. Die Abteilung Einwohner und Sicherheit geht konkreten Hinweisen aus der Bevölkerung jeweils nach, nimmt bei Bedarf Kontakt mit dem Einsatzleiter der Securitas auf. Er setzt die im Auftrag detailliert festgehaltenen Verhaltensregeln für die Securitas durch.

Auf pauschale Vorwürfe, wie sie in der Einleitung zu den beiden Fragen vorgebracht werden, können wir nur entsprechend pauschal antworten: Es gibt keine Anweisung, Jugendliche systematisch von bestimmten Plätzen oder gar allen öffentlichen Räumen zu vertreiben. Die Stadt Arbon kennt keinen Wegweisungsartikel.

Im Sinne dieser einleitenden Worte beantworten wir die beiden Fragen wie folgt:

1. Wo im öffentlichen Raum dürfen sich Jugendliche noch aufhalten und spontan treffen?

Grundsätzlich überall – sofern sie sich an die geltenden Regeln halten.

Es gibt allerdings auch Bereiche, die als öffentlicher Raum wahrgenommen werden, faktisch aber der Hausordnung oder der Betriebsordnung der Eigentümerschaft unterstellt sind. Das gilt beispielsweise für Schulhäuser, Kirchen und die Plätze um Schulhäuser und Kirchen, aber auch die Aussenräume von Einkaufszentren oder Tankstellen. Wo öffentlich-rechtliche Organisationen oder Firmen die Securitas beauftragen, fordern sie in der Regel auch die Durchsetzung der Hausordnung. Das kann bedeuten, dass sich ab 22 Uhr abends keine Leute mehr auf dem betreffenden Gelände aufhalten dürfen. Dort ist eine Wegweisung möglich und wird auch praktiziert. Für öffentliche Räume wie Seeparkareal, Weiherareal, Hafendamm oder ähnliches gibt es kein Wegweisungsrecht und in diesem Sinne auch keinen Auftrag an die Securitas, Jugendliche oder andere Teile der Bevölkerung systematisch wegzuschicken resp. Ansammlungen aufzulösen. Damit ist auch die zweite Frage eigentlich bereits beantwortet.

2. Welche Orte kann der Stadtrat als Treffpunkt im öffentlichen Raum empfehlen?

Es gibt grundsätzlich weder eine Einschränkung noch eine Empfehlung des Stadtrates, wo sich Menschen im öffentlichen Raum treffen sollten. Der öffentliche Raum soll allen Bewohnerinnen und Bewohnern zur Verfügung stehen – sofern sie sich an die geltenden Regeln und Gesetze halten. In diesem Sinne möchte der Stadtrat alle Leute, von den ganz jungen bis zu den älteren Menschen auffordern: Nutzen Sie unsere grosszügigen Grünanlagen, Plätze und Sportanlagen möglichst rege! Sie tragen damit dazu bei, dass die öffentlichen Räume weiterhin allen zur Verfügung stehen und gemeinsam genutzt werden. Wir von Seiten der Stadt Arbon tragen unseren Teil bei, indem wir dafür sorgen, dass sie regelmässig gepflegt und gereinigt werden und dass Polizei und Sicherheitspatrouillen mit ihrer Präsenz dort Einfluss nehmen können, wo die Regeln nicht eingehalten werden.

Sollten Sie von konkreten Fällen wissen, in denen nicht alle Menschen, die sich in Arbon aufhalten, im Grundsatz gleich behandelt werden, bitte ich Sie, diese Fälle der Abteilung Einwohner und Sicherheit oder mir als zuständige Ressortverantwortliche umgehend zu melden.

Zum Schluss möchte ich noch auf ein aktuelles Beispiel hinweisen, wie die Aufsuchende Jugendarbeit der Stadt Arbon aktiv öffentlichen Raum für Jugendliche schafft. Die Talentshow im Rahmen des Seenachtsfestes bot Jugendlichen Gelegenheit ihr Können und ihre Begeisterung zum Ausdruck zu bringen. Wenn der Stadtrat doch noch eine Empfehlung abgeben möchte, dann sicherlich diese: Setzen sie sich zusammen mit der Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Arbon dafür ein, dass Jugendliche immer wieder Räume finden und selbst gestalten und nutzen können – unterstützen Sie deshalb aktiv die Projekte der Kinder- und Jugendarbeit.

Konrad Brühwiler, SVP Stadtfest Arbon 2010

Gestützt auf Art. 48 des Geschäftsreglements ersuche ich im Namen der SVP im Rahmen der Fragerunde der Sitzung vom 23. Juni 2009 um die Beantwortung der folgenden Fragen:

„Man soll die Feste feiern, wie sie fallen“, sagt der Volksmund.

Wohl aus diesem Grund und um den Zusammenhalt der Stadt Arbon und deren Einwohner weiter zu fördern, hat der Stadtrat in seinem Legislaturprogramm 2007 - 2011 die Planung und Durchführung des Arboner Stadtfestes für das Jahr 2010 festgesetzt.

Doch weil die Feste im Grunde nicht von selber fallen, müssen wir sie fällen.

Meist sind es Ehrenamtliche, die hinter der Organisation solcher Anlässe stehen und die schönsten und besten Arboner Stadtfeste waren jene, wo alle Vereine, Schulen, Organisationen etc. zusammen mit einem souveränen Organisationskomitee am gleichen Strick in die gleiche Richtung zogen.

Deshalb meine Fragen an den Stadtrat:

1. Wie weit ist Planung „Arboner Stadtfest 2010“ in Bezug auf Datum, Rahmen, Organisationskomitee etc. schon fortgeschritten?
2. Was unternimmt die Stadt Arbon, um alle Arboner Vereine und Gruppen von A wie Ausländerverein bis Z wie Zivildiensttruppe am Fest teilhaben zu lassen?

Stadtmann Martin Klöti: Erstens, in seiner Klausursitzung vom 15. April 2009 hat der Stadtrat die Weichen gestellt für das Jahr 2010. Immerhin haben wir uns solches im Legislaturprogramm vorgenommen. Eine interne Kickoffsitzung hat stattgefunden und eine Aufwertung im Juni ist noch zu erwarten, also rechtzeitig vor unserem Budgetprozess. Daten und ein übergeordnetes Thema sind bereits umrissen. Zweitens, es wird für Vereine mit Sicherheit Gelegenheit geben, sich in das Stadtfest 2010 einzubinden. Ohne eine Teilnahme von Vereinen wäre ein Stadtfest weder durchführbar noch legitim. Ein Stadtfest wird aber auch nicht vereinsgesteuert sein, vielmehr geht es um eine für alle Seiten dienliche Zusammenarbeit, die dem Gemeinwohl für Arbon zuträglich sein muss.

Fabio Telatin, SP: Studienauftrag Seeparksaal

Vom 25. Juni bis 03. Juli 2009 findet im Stadthaus Arbon die Ausstellung betreffend Studienauftrag Seeparksaal „Umbau und Erweiterung Panoramarestaurant“ statt.

So habe ich das E-Mail erhalten von der Stadt Arbon. Erstaunt frage ich mich: Habe ich geschlafen oder was versäumt? Es ist mir neu, dass im Seeparksaal ein so grosser Handlungsbedarf besteht.

Geht es hier um ein neues Superprojekt?

Stadtmann Martin Klöti: Es ereilt sie das Schicksal der Jungparlamentarier. Gerne werde ich sie in dieser Sache aufdatieren. Im Herbst 2008 habe ich an dieser Stelle eine Folie aufgelegt, welche die Projekte der Stadt Arbon aufzeigt. In den Spalten sehen sie gelb die Stadtratstermine, rot die Parlamentstermine und grün die Termine für Urnenabstimmungen. Ich lege die aktualisierte Folie von 2009 auf, in der höchstens Beträge und Daten, nicht Projekte geändert haben. Im oberen Teil finden sie die Zeile Bau Seeparksaal, Erweiterung Restaurant und Küche.

Der Stadtrat hat hier etwas Vorsprung auf die Marschtabelle, möchte aber für den Termin im Parlament genügend Zeit, vollständige Unterlagen zu verfassen. Der Beschluss für einen Studienauftrag wurde vom Stadtrat am 15. Dezember 2008 gefasst. Die Aufträge an die fünf Architekturbüros wurden am 06. Januar dieses Jahres erteilt. Eingereicht am 20. März dieses Jahres, präsentiert und beurteilt am 08. April 2009. Der Stadtrat hat am 08. Juni vom Beurteilungsbericht Kenntnis genommen, das obsiegende Büro zur Weiterbearbeitung beauftragt und den Termin für die Kommunikation bzw. öffentliche Ausstellung im Juni festgelegt. Am 25. Juni ist der Medientermin angesagt, die Einladung haben sie ja bereits erhalten. Es ist mir aber ein Anliegen, hier einen Mangel in der Kommunikation aufzunehmen. Im Voranschlag können sie es nämlich nicht auffinden. Dort werden nur Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen aufgeführt.

Das Restaurant Seeparksaal wurde im 2008 ins Finanzvermögen umgeleitet. Somit erscheint die Position Seeparksaal Restaurant zusammen mit anderen Liegenschaften des Finanzvermögens nur noch in der Finanzplanung, nicht in der Investitionsplanung. Das Parlament sieht die Investitionspläne in Positionen des Finanzvermögens immer erst dann, wenn ein Antrag gestellt wird. Zur Transparenz dient jedoch die eingangs präsentierte Aufstellung der Projekte, auf die ich zum Abschluss nochmals verweisen möchte.

Die Aufgabenstellung des Studienauftrages umfasst folgendes Ziel: Der Umbau und die Erweiterung des Panoramarestaurants sollen zu einem optimal funktionellen Restaurationsbetrieb mit angepasster und gesetzeskonformer Infrastruktur führen. Dafür sind eine neue Küche und entsprechende Logistikräume, ein Buffet mit Bartheke sowie der Ausbau des Restaurants auf eine wirtschaftlich sinnvolle Betriebsgrösse inkl. Banketträume und Gartenrestaurant nötig. Sie dürfen also gespannt sein auf die Ausstellung vom 25. Juni 2009.

8. Verschiedenes

1. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtmann Martin Klöti: Ich darf zum Schluss in aller Kürze berichten, dass die internen Umbauten Abteilung Bau kurz vor dem Abschluss stehen. Die räumlichen Neueinteilungen erlauben es, die reorganisierte und personell aufgestockte Abteilung Bau nun optimal organisiert unterzubringen.

Letzte Woche durften wir an einem Personalanlass folgende Personen in die Pensionierung entlassen. Der Austritt ist teils schon erfolgt oder steht kurz bevor.

Regina Himmelberger, Mitarbeiterin Steueramt, 1.01.1990 – 28.02.2009.

Maria Bidie, Mitarbeiterin Rechnungswesen Buchhaltung, 22.02.1994 – 30.06.2009,

Roland Löw, Sachbearbeiter Tiefbau, 01.10.1990 – 30.09.2009.

Geehrt wurden Mitarbeitende mit einem Dienstjubiläum.

25 Jahre

Melitta Giordano, Raumpflegerin

Toni Hüttenmoser, Mitarbeiter Werkhof

20 Jahre

Barbara Ranner, Mitarbeiterin Soziale Dienste

Rene Kugler, Mitarbeiter Werkhof

Bruno Lehner, Mitarbeiter Werkhof

René Chappuis, Mitarbeiter Werkhof

10 Jahre
Andrea Schnyder, Stadtschreiberin
Claudia Stark, Mitarbeiterin Stadtkanzlei
Rolf Kellenberg, Mitarbeiter Stadtarchivar

5 Jahre
Clara Fantauzzi, Mitarbeiterin Finanzen
Ahmet Yilmaz, Mitarbeiter Finanzbuchhaltung
Daniel Schär, Mitarbeiter Abteilung Soziales

Soviel für heute. Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Parlamentarischer Vorstoss

Folgender Vorstoss wird zur Beantwortung an den Stadtrat weitergeleitet.

Einfache Anfrage von **Erica Willi-Castelberg, SP** und **Dieter Feuerle, SP** betreffend „Kostenrechnung Hafenerweiterung“.

Präsident Bernhard Bertelmann: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. Ich wünsche uns allen schönes Sommerwetter und eine entspannte Sommerzeit, bis wir uns am 08. September zur nächsten, sicherlich wieder intensiven und spannenden Parlamentssitzung treffen werden.

Schluss der Sitzung: 22.05 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin

Bernhard Bertelmann

Evelyne Jung

Nächste Parlamentssitzung: Dienstag, 08. September 2009, Seeparksaal, Beginn 19.00 Uhr